



Hierzu gehört neben einem intelligenten Gebäudeautomatisierungssystem der Einbau einer Wasser-Wasser-Wärmepumpe als Heizung. Das Gebäude wurde hochwertig gedämmt und weist Passivhaus-Standard aus. Zur Neugestaltung des Quartiers wurde ein Plattenbau mit 30 Wohnungen rückgebaut. Die Außenanlagen wurden in einen kleinen Marktplatz, der als Parkfläche dient, und in einen von einer Mauer umfassten Bürgergarten, der zu Kurzweil und Erholung in der Innenstadt einladen soll, gegliedert. Im Gebäude befinden sich im Keller das Archiv, im Erdgeschoss ein privat vermietetes Cafe, die Tourist-Information und das Bürgerbüro, im Obergeschoss die Büroräume des Bau- und Planungsamtes und im Dachgeschoss der Ratssaal mit seinen Nebenräumen.



Visualisierung Bürgerhaus 2008

Im Ergebnis eines im Frühjahr 2008 durchgeführten Namensgebungswettbewerbes erhielt das ehemalige Arbeiterwohnheim den Titel „Bürgerhaus“. Die

Gesamtkosten des Vorhabens belaufen sich auf 6,2 Mio. €. Diese gliedern sich wie folgt:

	Gesamtkosten	Förderprogramm	Bund	Land	KMA	Bauherren-Anteil
Gebäude	4.500.000 €	Stadtumbau Ost B 3.1	550 T€	550 T€	550 T€	2.850 T€
Bürgergarten Kleiner Markt, Stellplätze	914.000 €	Stadtsanierung B 5/6	166 T€	166 T€	166 T€	416 T€
Töpferstraße	155.000 €	Stadtsanierung 5	42,7 T€	42,7 T€	42,7 T€	27,2 T€
Wettbewerb	103.000 €	Stadtumbau Ost B 1	15 T€	15 T€	15 T€	58 T€
Grunderwerb	300.000 €	Stadtumbau Ost B 4	50 T€	50 T€	50 T€	150 T€
Beauftragentätigkeit	180.000 €	Stadtumbau Ost B 8	44 T€	44 T€	44 T€	48 T€
Sanierungsträger	39.000 €	Stadtsanierung B 8	13 T€	13 T€	13 T€	
Rückbau Jüdenstraße 1/2		Stadtumbau Ost B 4.2 Rückbau	42,25 T€	42,25 T€	–	12 T€

Daraus ergibt sich eine Gesamtfinanzierung:

Stadtumbau Ost			
Teilprogramm Aufwertung	Bund/Land	1.298 T€	
	KMA	649 T€	
	Bauherrenanteil	3.106 T€	
Stadtumbau Ost			
Teilprogramm Rückbau	Bund/Land	84,5 T€	
Bauherrenanteil		12 T€	
Stadtsanierung	Bund/Land	444 T€	
	KMA	222 T€	
	Bauherrenanteil	443 T€	
Gesamt	Bund/Land	1.826,5 T€	
	KMA	871 T€	
	Bauherrenanteil	3.561 T€	



Bürgerhaus August 2008

Das Bürgerhaus wurde am 27. September 2008 mit einer Festsitzung der Stadtverordnetenversammlung und einem „Tag der offenen Tür“ eingeweiht. Durch die Kombination unterschiedlicher Förderprogramme gelang es innerhalb kurzer Zeit ein städtebaulich verunstaltetes Gesamtensemble neu zu ordnen und Modernität in Sprembergs neue Mitte zu transportieren. ■



Wege zur Erhaltung und Sanierung von Altstadtimmobilien – Ergebnisse der Fachtagung am 3. September 2008 in Potsdam

Hans-Joachim Stricker



Perleberg, Wollweberstraße

Bereits im Juli 2007 hatte das MIR (gemeinsam mit dem Kulturministerium) die am Stadterneuerungsprozess beteiligten Städte zu einer Fachtagung „Bauen im Denkmalbestand“ versammelt. Am 3. September 2008 wurde der Diskurs zum Umgang mit der weiterhin bedrohten Altbausubstanz in den Stadtkernen mit etwa 80 überwiegend kommunalen Teilnehmern und zahlreichen Vertretern der Denkmalschutzbehörden fortgesetzt. Unter dem Tagungsthema standen nun kommunale Erhaltungs- und Sanierungsstrategien im Mittelpunkt des Interesses, in bewährter Weise bestimmten kommunale Praxisbeiträge das Programm und ermöglichten einen tiefen Einstieg in die Betrachtung der Möglichkeiten und Grenzen der örtlichen Erneuerungsbemühungen.

Im Unterschied zum Erfahrungsaustausch im Vorjahr konnte die aktuelle Fachtagung auf eine aktuelle und fundierte Datenbasis zurückgreifen: Im Auftrag des MIR hatte die BBSM GmbH in

zehn Beispielstädten die örtlichen Rahmenbedingungen und die angewandten Strategien zum Umgang mit den meist seit Jahren leer stehenden und abbruchbedrohten, aufgrund ihres Denkmalstatus und der städtebaulichen Bedeutung aber erhaltenswerten Altbauten untersucht und anhand einer Reihe von Einzelobjekten vertiefend herausgearbeitet. Das entstandene Gutachten ist mit den enthaltenen Handlungsempfehlungen eine wichtige Diskussionsgrundlage für das MIR und soll in wichtigen Teilen in Kürze auch den Städten als Arbeitshilfe für die Praxis zur Verfügung gestellt werden.

Das Gutachten und die in der vom Gutachter moderierten Fachtagung vorgestellten Beiträge verdeutlichen, dass die Problemlage in vielen Stadtkernen ähnlich ist, aber dennoch sehr unterschiedliche Lösungswege bei der Erhaltung und Sanierung der bedrohten Bauten verfolgt werden. Betrachtet wurden dabei unter anderem die Bestimmung kommunaler Prioritäten bei der Stadtsanierung, die Erarbeitung gebäudebezogener Förderkonzepte, die unterstützende Einbeziehung der Eigentümer, der Einsatz von Geboten und anderen Rechtsinstrumen-

ten und das kommunale Engagement bei einer öffentlichen Nutzung oder einem Zwischenerwerb der Gebäude sowie bei der Vermarktung. Die mögliche Palette der Instrumente und Strategien ist zwar breit, es gibt aber auch nach 15 Jahren Stadterneuerungspraxis noch immer Anwendungsprobleme und Beschränkungen beim praktischen Einsatz in den Städten.

Die Gründe sind vielschichtig, sie reichen von knapper kommunaler Finanz- und Verwaltungskraft über unzureichende kommunalpolitische Priorität für die Innenstadt bis zur kritischen Einschätzung von Zwangsinstrumenten des Bau- und Ordnungsrechts. Jede Stadt verfolgt also eine individuelle Strategie: Für das MIR liegt der Rückschluss nahe, dass der weitere Erfahrungsaustausch in einer Reihe von Städten zu einer Neuausrichtung und „Abrundung“ des jeweiligen lokalen Ansatzes führen kann. Deutlich geworden ist außerdem, dass eine stärkere kommunale Prioritätensetzung bei der aufwendigen Sanierung wichtiger Einzeldenkmale nur machbar ist, wenn gleichzeitig der Anspruch aufgegeben wird, ausnahmslos jedes unsanierte und verfallsbedrohte Gebäude im Stadtkern mit dem Einsatz öffentlicher Fördermittel



Historischer Stadtkern Lenzen



erhalten zu wollen. Hier muss in Abstimmung mit den Denkmalbehörden eine Doppelstrategie verfolgt werden, die auch Abbrüche zulässt und die durchaus mit den Zielen des städtebaulichen Denkmalschutzes vereinbart werden kann.

Der Tagungsverlauf mit seinen regen Diskussionen zu den kommunalen Praxisberichten hat diese Einschätzungen bestätigt. Während der Fachtagung wurde unter den kommunalen Teilnehmern eine „Blitzumfrage“ durchgeführt, bei der nach der bisherigen praktischen Bedeutung bestimmter Handlungsansätze gefragt wurde und nach dem jeweiligen Grad der Herausforderung für den künftigen Stadterneuerungsprozess. Geantwortet werden konnte mit „hoch“, „mittel“ oder „gering“. Hier die Befragungsergebnisse in Kurzform: Je höher die angegebene Punktzahl, um so größer die Bedeutung des Ansatzes bzw. die damit verbundene Herausforderung für die Zukunft: Der mögliche Höchstwert ist 38, das Minimum ist Null.

Ein Lesebeispiel: Der Einsatz von kommunalen Vermarktungsstrategien für Problemobjekte hat bisher eine eher geringe Bedeutung (10 Punkte), wird von den Städten aber als große Herausforderung und Zukunftsaufgabe gesehen (23 Punkte).

Das Gutachten und die Kurzumfrage verdeutlichen, dass die Städte vielfach auf indirekt wirksame Strategien zur Mobilisierung der "Problemobjekte" bzw. "dicken Brocken" setzen, die direkte

Im Gutachten vorgeschlagener Handlungsansatz	Bisherige praktische Bedeutung in der Stadt	Grad der Herausforderung für den Stadterneuerungsprozess
Innenstadt noch deutlicher in der Kommunalpolitik priorisieren	35	37
Imageverbesserung für die Innenstadt	27	31
Bestimmung der Gebäudeprioritäten im Stadtkern	24	25
Verknüpfung Gebäudepriorität – Förderkonzept	23	27
Kommunale Vermarktungsstrategie für Problemobjekte	10	23
Einsatz von ordnungsrechtlichen Instrumenten	3	16
Kommunaler Zwischenerwerb und Einbindung örtlicher Wohnungsunternehmen	15	25
Verlagerung von kommunalen Einrichtungen in Problemobjekte	20	19
Verbesserung des Mobilisierungsmanagements	13	32

Auseinandersetzung mit dem Gebäude und mit seinem bisherigen (oder künftigen) Eigentümer hingegen nicht überall im Vordergrund steht. Hier sehen die Städte selbst Bedarf zur Schärfung ihrer Strategien. Gleiches gilt für den Managementbereich, also die Aufgabenwahrnehmung und -organisation auf Seiten der Gemeinde und ihrer Beauftragten. Erstaunlich ist, dass die deutliche kommunalpolitische Schwerpunktsetzung auf die Innenstadt von den städtischen Befragten als die wichtigste Herausforderung für den weiteren Stadterneue-

rungsprozess gewertet wird. Vielleicht können Gutachten und Fachtagung mit dazu beitragen, diese Herausforderung zu bewältigen.

Die Tagungsergebnisse werden in Kürze auf der Internetseite des MIR dokumentiert werden. Das Thema wird nicht nur die Städte, sondern auch das MIR weiterbewegen - etwa bei der Ausarbeitung der neuen Förderrichtlinie Städtebauförderung und der Fortsetzung der Wirkungsanalysen im Bereich der Städtebau- und Wohnraumförderung. ■

„10 Jahre Tolerantes Brandenburg“ Der Beitrag des MIR für eine demokratische Gesellschaft mit Zivilcourage gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Thomas Henke

Das Handlungskonzept der Landesregierung „Tolerantes Brandenburg – für eine starke und lebendige Demokratie“

besteht seit 10 Jahren. Zeit, auch für das MIR Bilanz zu ziehen. Das MIR ist am „Toleranten Brandenburg“ als Teil

der Landesregierung selbstverständlich beteiligt. Das Engagement erschöpft sich nicht in der regelmäßigen Teilhabe



an der Koordinierungsstelle unter Federführung des MBSJ. Die Aktivitäten des MIR innerhalb des Handlungskonzeptes der Landesregierung bezogen sich auf die Politik der klaren Signale und auf die Stärkung des sozialen Zusammenhalts.

Im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft 2006 hat das MIR öffentlichkeitswirksam die jeweils rund 11 m² großen WM-Tafeln, die an den Brandenburger Autobahnen für die WM warben, versteigert. Fifa und Bundesverkehrsminister hatten den Ländern die Versteigerung für gemeinnützige Zwecke freigestellt. Aus dem Versteigerungserlös der Tafeln mit den Texten: „Willkommen, Welcome, Witamy“, „A time to make friends“ und „Die Welt zu Gast bei Freunden“ wurde vom MIR das Projekt „**Straßenfußball für Toleranz**“ unterstützt. Jugendgruppen aus Brandenburg und internationale Jugendgruppen trafen sich zu einem mehrtägigen Straßenfußballmeeting in Brandenburg. Über 400 Jugendliche setzten mit der Straßenfußballweltmeisterschaft ein Zeichen gegen jede Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Zu dieser **Politik der klaren Signale** gehörte auch die deutliche Unterstützung des Aktionsbündnis gegen rechte Gewalt zur Vermeidung der Neonazi-Aufmärsche in Halbe durch zahlreiche Beschäftigte des MIR und durch die Hausleitung.

„**Demokratie, wird vor Ort, in den Städten und Gemeinden Brandenburgs gelebt. Hier in den Quartieren, im unmittelbaren Lebensumfeld erfahren die Menschen des Landes, dass die Gesellschaft durch eigenes Engagement und nicht durch Ausgrenzung gestaltet wird.**“ So das Handlungskonzept der Landesregierung gegen Rechtsextremismus und Gewalt.

Die entsprechenden Strategien der Stadtentwicklung fanden ihren Niederschlag vor allem in den Programmen „Zukunft im Stadtteil“, „Urban II“ und im Programm „Soziale Stadt“. Dort wurden umfangreiche Maßnahmen zur Aktivierung der Bewohner durchgeführt und zahlreiche Projekte gefördert, die unmittelbar gewaltvermeidenden Charakter hatten und den **sozialen Zusammenhalt** im Quartier **stärken**. Sie halfen die Identifikation

mit dem eigenen Quartier zu stärken sowie das Engagement für das eigene Quartier zu fördern. Die Herrichtung Soziokultureller Zentren und Bürgertreffs, „Quartiersmanagement“ in den Städten und Gemeinden, Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen sind hier Beispiele. Projekte wie Bürgerhäuser und Jugendzentren schaffen mit ihren vielfältigen Angeboten gute Voraussetzungen für das eigene Engagement und gelebte Toleranz.

Mit dem Programm **Zukunft im Stadtteil** hat das MIR in den letzten Jahren u. a. gefördert:

- das Wichernhaus und das Interkulturelle Zentrum Gertrud-von-Saldern der Kirchengemeinde St. Gotthardt in Brandenburg a. d. H.
- das Frauenzentrum „Lila Villa“, Generationenhof, den Jüdischen Friedhof und das Strombad in Cottbus
- die multimediale Grundschule und das Tonstudio in Forst
- das Haus IV des ehemaligen Gefängnisses, „Kulturzentrum an der Oder“ und die Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewaltherrschaft in Frankfurt (Oder)
- das Jugend- und Begegnungszentrum Mittelstraße in Guben
- das Haus der Begegnung „Mikado e. V.“ und die Jugendbauhütte in Nauen
- das Projekt: „Jugend trifft sich am Naturstein“ in Oranienburg
- die Medienwerkstatt (MWP) in Potsdam
- die Gestaltung des Stadtparks im Bereich des ehemaligen jüdischen Friedhofs und Bootshaus am Unteruckersee in Prenzlau
- das Mühlengebäude in Rathenow

Die Projekte in Prenzlau und Cottbus verdeutlichen den mit dem Programm

verfolgten Ansatz beispielhaft: Schülerinnen und Schüler haben in **Cottbus** und **Prenzlau** die ehemaligen jüdischen Friedhöfe hergerichtet. Damit wollen sie die jüdische Tradition und Geschichte der beiden Städte wieder stärker ins Bewusstsein der Bevölkerung rücken. In Cottbus wurde unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes und des jüdischen Glaubens eine Grünfläche am alten Jüdischen Friedhof geschaffen, die als Gedenkstätte aber auch als Aufenthalts- und Erholungsraum dienen soll. Das Projekt wurde mit 39.000 € der EU gefördert.



In **Prenzlau** haben Schülerinnen und Schüler des Prenzlauer Gymnasiums und eines Stettiner Gymnasiums gemeinsam den ehemaligen jüdischen Friedhof im Stadtpark wieder erlebbar gemacht. Die Gestaltung des Friedhofsgeländes wurde mit der Jüdischen Gemeinde des Landes Brandenburg abgestimmt. Es wurden historische Materialien verwendet, die nach der Schändung des Friedhofes im Jahr 1938 an unterschiedlichen Stellen in der Stadt zum Straßenbau und zum Bau von Stützmauern eingesetzt wurden. Diese konnten zwischenzeitlich weitgehend geborgen werden. Die Jugendlichen haben eine Einfriedung um den zerstörten Friedhof angelegt und damit die Fläche wieder sichtbar gemacht.



Im Inneren wurde ein Gedenkstein errichtet. Zwei Tafeln geben Auskunft über die Geschichte des Friedhofes und Verhaltensregeln auf einem jüdischen Friedhof. Mit der Gestaltung des ehemaligen jüdischen Friedhofs wollten die Schülerin-



nen und Schüler die jüdische Geschichte Prenzlau wieder sichtbar machen. Auch dieses Projekt wurde mit rund 39.000 € der Europäischen Union gefördert.

Hinzu kamen zahlreiche Projekte aus dem Förderprogramm Soziale Stadt, wie bspw. das Bürgerzentrum Hohentücken in der Stadt Brandenburg, die Freiwilligenagentur in Cottbus, die Kita Kinderland im Prenzlauer Wohngebiet Igelpfuhl, das Jugendgästehaus in Prenzlau, die Integrationskita Kunterbunt in Velten Süd oder die **Migrationsberatungsstelle „Pro Nord“** in Fürstenwalde. Sie wurde mit rund 150.000 € saniert. Vorrangige Zielgruppe sind zugewanderte Kinder und Jugendliche, von denen die meisten im Stadtteil Fürstenwalde Nord leben sowie deren Eltern. Darüber hinaus dient „Pro Nord“ (in Verbindung mit dem Jugendclub Nord) aber auch als Stadtteilzentrum und bietet interessierten Bürgern eine Plattform für thematische, Bildungs- und Begegnungsangebote. In kostenlos angebotenen Kursen werden Konversationskurse für Migranten 2 x wöchentlich je 2 Stunden unterrichtet. Damit sollen die Integration der Zuwanderer intensiviert sowie Sprachbarrieren abgebaut werden. Zudem soll das Haus Platz für generationenübergreifende Begegnungen bieten. Auch Hausaufgabenhilfe für Kinder mit Migrationshintergrund wird angeboten. Veranstaltungen wie Ferienkurse, Kinder-Folklorechor sowie AG Berufsvorbereitung finden ebenfalls statt.

Projektbeispiele aus dem Programm Stadtumbau Ost (Teilprogramm Aufwertung) sind das Vereinshaus Hammerstraße im Zentrum der Stadt Brandenburg oder das Projekt „Forster Tuch“ in der Stadt Forst. Das **Projekt „Laternia“ in Frankfurt (Oder)** wurde mit rd. 230.000 € (Bund/Land/Kommune) gefördert. Der umgebende Schulhof des Karl-Liebknecht-Gymnasiums wurde zudem bereits 2006 für ca. 400 T€ B/L/K mit Aufwertungsmitteln gefördert. Im Rahmen des deutsch-polnischen Schulprojektes „Laternia“ wird an der Europaschule und UNESCO-Projektschule ein schulisches Kultur- und Bildungszentrum mit einer multifunktionalen Bibliothek und Räumen für Begegnungen und Veranstaltungen entstehen.

Der Blick nach vorn

Das MIR wird in seine Bestrebungen für ein tolerantes und weltoffenes Brandenburg in den nächsten Jahren verstärken. So vermittelte es die **Kooperationsvereinbarung mit dem Verkehrsverbund**. Diese wurde am 22.8.2008 von Staatssekretär Burkhard Jungkamp und VBB-Geschäftsführer Hans-Werner Franz in Anwesenheit von Infrastrukturstaaatssekretär Rainer Bretschneider unterzeichnet.

Das Anliegen der Vertragspartner ist es, zu verdeutlichen, dass auch im Öffentlichen Personennahverkehr in Berlin und Brandenburg rechtsextremistische Aktivitäten nicht hingenommen werden, fremdenfeindliche Äußerungen unerwünscht sind und Gewalt nicht geduldet wird. Vorgesehen sind daher eine verstärkte Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie intensive Schulungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Bildungsstaatssekretär Burkhard Jungkamp betonte: „Für ein weltoffenes und tolerantes Brandenburg ist es sehr wichtig, wenn sich gerade die Unternehmen ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen bewusst werden. Der VBB tritt aktiv gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ein. Ich begrüße diese deutliche Positionsbestimmung als ein wichtiges Signal für die Verkehrsbetriebe wie auch für ihre Kunden. Nur gemeinsam mit unseren Partnern aus der Zivilgesellschaft werden wir erreichen können, rechtsextremistischen Umtrieben in unserem Land einen Riegel vorzuschieben.“ „Es sei wichtig“, so Staatssekretär Jungkamp, „den Bürgerinnen und Bürgern zu verdeutlichen: Neonazis und andere Rechtsextremisten sind nirgendwo in Brandenburg erwünscht.“

VBB-Geschäftsführer Hans-Werner Franz: „Dass sich der Verkehrsverbund und die Verkehrsunternehmen gegen Rechtsradikalismus engagieren, ist selbstverständlich. Der Kampf gegen fremdenfeindliche Äußerungen und Taten ist für alle unsere Kunden wichtig, nicht nur für direkt Betroffene. Niemand möchte seine Wege zur Arbeit oder in der Freizeit in einer Atmosphäre der Angst und der Einschüchterung zurücklegen.“



Infrastrukturstaaatssekretär Rainer Bretschneider sagte: „Wir werden unser Engagement für ein tolerantes und weltoffenes Brandenburg in den nächsten Jahren weiter verstärken.“ Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeiten der integrierten Stadtentwicklungsprogramme: „Es gibt bereits einige Projekte von ‚Gelebter Demokratie vor Ort‘, die in 10 Jahren ‚Tolerantes Brandenburg‘ erfolgreich umgesetzt wurden. Mit dem VBB haben wir nun einen wichtigen Partner im Bereich des ÖPNV im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz gewonnen.“

Auch die **AG historische Stadtkerne** trägt der Erkenntnis Rechnung, dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit nicht nur menschenverachtend sondern unmittelbar wirtschafts- und tourismusfeindlich sind. Sie wird ebenfalls die Aktivitäten des Toleranten Brandenburg stärker unterstützen.

Die kontinuierliche Ausrichtung des Programms der Sozialen Stadt auf die Problematik bleibt bestehen. Bei den jetzt erfolgten Neuaufnahmen werden die Kommunen gezielt und maßnahmekonkret so beraten, dass verstärkt Projekte zu Toleranz, Migration und Integration durchgeführt werden.

Im Rahmen der bundesdeutschen Diskussion rückte die Integration der zugewanderten Bevölkerung und auch deren soziale Lage in den Mittelpunkt. Prägend für Brandenburg sind Spätaussiedler, Juden und Mennoiten aus den ehemaligen GUS-Staaten. Hinzu kommen die ehemaligen Vertragsarbeiter aus Vietnam. Auch wenn der Anteil der zugewanderten Bevölkerung in Brandenburg deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt, besteht v. a. bei den zugewanderten Kindern und Jugend-



lichen Handlungsbedarf. Es gilt Welttoffenheit, Toleranz, demokratisches Engagement und ein friedliches Miteinander zu festigen und einen Beitrag zur örtlichen Integration zu leisten. Ziel ist es, im ständigen Gespräch mit allen Wirtschafts- und Sozialpartnern der Benachteiligung breiter Schichten in den Städten oder gar der Konzentration einer sich herausbildenden Unterschicht in bestimmten Quartieren entgegenzuwirken. Der **nationale Integrationsplan der Bundesregierung** sieht die Notwendigkeit der Integration vor Ort und formuliert hier einen besonderen Handlungsbedarf in den Stadtteilen, in denen sich sozioökonomische Benachteiligungen wie Arbeitslosigkeit, niedriges Einkommen, geringer Bildungsstand – z. B. fehlende Schul- und Bildungsabschlüsse von Jugendlichen – und damit geringe Chancen vieler Quartiersbewohner am Arbeitsmarkt mit Problemen des Zusammenlebens verschiedener Bevölkerungsgruppen überlagern. Aus Sicht des MIR kommt es darauf an, trotz der Bildung von Ansiedlungsschwerpunkten die Integration zu ermöglichen und auf diesem Gebiet Maßnahmen und Programme zu entwickeln die den sich abzeichnenden sozialen Problemlagen entgegenzutreten und der gesamten dort ansässigen Bevölkerung unabhängig von ihrer Herkunft zugute kommen. So tritt das Land auch massiv Versuchen entgegen, zweifelsfrei bestehende soziale Problemla-

gen für nationalistische Stimmungsmache zu instrumentalisieren.

Neben dem Programm der Sozialen Stadt ist es v. a. die EU-Förderung, die hier genutzt werden kann. Der **EFRE-Artikel 8** ermöglicht es, dass die Kommunen Strategien entwickeln, wie sie ihre ökonomischen, ökologischen und sozialen Problemlagen bewältigen können. Das Land Brandenburg hat dies als Chance genutzt und die **neue Förderrichtlinie zur nachhaltigen Stadtentwicklung** so ausgerichtet, dass sowohl Maßnahmen hinsichtlich der Eingliederung der zugewanderten Bevölkerung einschließlich deren verstärkter Teilhabe, als auch Maßnahmen zur Erhöhung der Akzeptanz und Aufnahmebereitschaft der Mehrheitsgesellschaft prinzipiell innerhalb des EFRE förderfähig sind. Hinzu kommt die generelle Förderung des Stadtteilmanagements und Marketings in der nachhaltigen Stadtentwicklung. Die Bewohner- und Nutzerstrukturen in den Innenstädten und Stadtquartieren sollen durch Netzwerkarbeit und Schaffung selbsttragender Bewohnerorganisationen ebenso unterstützt werden, wie generell die Familien im Quartier. Die Verbesserung der Teilhabe an zivilgesellschaftlichen Prozessen wird als Grundvoraussetzung dafür gesehen, präventiv gegen die ansteigende Kriminalitäts- und Gewaltbereitschaft bestimmter Gruppen in einigen Städten Brandenburgs vorzu-

gehen. Durch die gezielte Vernetzung und Aktivierung von Nutzergruppen (z. B. Schüler, Eltern, Familien, Kinder, Migrantinnen und Migranten, Menschen mit Behinderungen, Vereinen) der in den Programmgebieten weiterentwickelten Infrastrukturen wird der Notwendigkeit Rechnung getragen, die Ausstrahlung, Akzeptanz, Öffnung, Nutzung und Wirkung, z. B. der sozialen und Bildungsinfrastrukturen wesentlich zu verbessern.

Vor allem solche Bewohnergruppen, die bislang von grundlegenden sozialen, politischen und ökonomischen Prozessen ausgeschlossen waren, sollen erfahren, dass die Gesellschaft durch eigenes Engagement und nicht durch Ausgrenzung gestaltet wird. Es gilt die Identifikation mit dem eigenen Quartier zu stärken sowie das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für ihr Quartier zu fördern.

Das MIR hat somit die positiven Erfahrungen der Programme der Städtebauförderung fortgeschrieben und v. a. mit der neuen Förderrichtlinie zur nachhaltigen Stadtentwicklung die Selbstverpflichtung der Bundesländer aus dem nationalen Integrationsplan beispielgebend eingelöst, die verbesserten Fördermöglichkeiten noch stärker als bisher für Maßnahmen der Integration und Toleranz zu nutzen. ■

Partizipation – ein Schlagwort und gute Gründe für ihre Förderung

Frank Schröder

Im Land Brandenburg befinden wir uns nach wie vor in einer Situation des Wandels. Die Komplexität der Situation wird nicht nur durch Arbeitsmarkttrends, Haushaltslage und Bevölkerungsentwicklung, sondern vor allem durch die Gleichzeitigkeit der rasant verlaufenden räumlichen und gesellschaftlichen Ausdifferenzierung bestimmt. Damit verändern sich für den Einzelnen auch die Möglichkeiten der Teilhabe am gesell-

schaftlichen und wirtschaftlichen Leben. Art und Umfang der Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung ihres Gemeinwesens ist dabei nach wie vor ein Prüfstein für die gelebte demokratische Wirklichkeit. Ausgehend von der Garantie der kommunalen Selbstverwaltung im Grundgesetz, sind im Zuge der zunehmenden Demokratisierung der Entscheidungsprozesse solche Beteiligungsmöglichkeiten gerade im Bau- und Pla-

nungsrecht zur selbstverständlichen Pflichtübung geworden. Neben der täglich in unseren Städten und Gemeinden geübten formalisierten Praxis steht die vielfältige, informelle Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an den laufenden Veränderungen in ihrer Stadt.

Entsprechend enthalten auch die programmatischen Strategiepapier der Europäischen Kommission (EU-KOM), des



Bundes und des Landes Leitbilder zur Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements und lokaler Netzwerke. Ausdruck findet dies seit zehn Jahren in Förderinitiativen wie dem Bund-Länder-Programm „Maßnahmen der Sozialen Stadt“ oder dem URBAN-Programm der EU-KOM. Diese auf Stadtteile fokussierten Ansätze haben neben den Möglichkeiten aktivierender Beteiligungsformen auch die Grenzen des Quartiersmanagements aufgezeigt. Kritisch ist vor allem die Auslaufphase der Förderperiode, in der die Stadtteilaktivitäten in eine selbsttragende Struktur überführt werden sollten.

Mit dem Programm zur Nachhaltigen Stadtentwicklung bietet das Land die Möglichkeit, die bürgerschaftliche Selbstorganisation auf gesamtstädtischer Ebene zu unterstützen. Hier werden Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) eingesetzt. Daher verweist die zugehörige Richtlinie zur Nachhaltigen Stadtentwicklung vom 13.06.2008 zur Sicherung des fachübergreifenden Ansatzes auch auf die Mitteilung der EU-KOM Nr. 385 vom 13.07.2006. Nachfolgend sollen einige Gedanken zu diesem Programmelement ausgeführt werden. Es sei aber hervorzuheben, dass es sich hier um verallgemeinerbare Grundsätze im demokratischen Miteinander handelt, die nicht an das Vorhandensein von Förderprogrammen gebunden sind.

Der Schwerpunkt dieses Handlungsfeldes ist auf Maßnahmen gerichtet, die der Etablierung und Stabilisierung nachhaltiger Bewohner- und Nutzerstrukturen in den Städten und Stadtquartieren dienen. Unabhängig davon, ob nun als Integrationsbeirat, Bürgerplattform, Stadtforum, Stadt- oder Quartiersmarketing bezeichnet, ist die Etablierung einer dauerhaft selbsttragenden und selbstorganisierten Bewohnerorganisation das zentrale Ziel dieser übergreifenden Bestrebungen. Die Bedeutung dieser Form der Mitwirkung wird in Zukunft weiter steigen, denn die Einbindung des bürgerschaftlichen Engagements bringt neue Kompetenzen in die Entscheidungsprozesse ein und trägt zugleich zur allgemeinen Akzeptanz der Projekte in der Bevölkerung bei.



Runder Tisch 2007 in Potsdam: Veranstaltung „Freiwillig engagiert und wie weiter?“

Aus dem Wunsch, eine möglichst breite soziale und kulturelle Basis zu entwickeln, folgt auch das Erfordernis, auf weniger artikulationsstarke Gruppen – etwa Alleinerziehende, Jugendliche oder Migrantinnen und Migranten – gezielt zuzugehen. Zur aktiven Einbeziehung in die integrierte Stadtentwicklung bedarf es eines gezielten Kompetenzaufbaus bei den Beteiligten. Dieses Partizipationsmanagement umfasst Angebote zur Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger in Form von Räumlichkeiten, Sachmitteln, Beratung und Qualifizierung sind daher unerlässlicher Bestandteil der Förderung des Engagements.

In diesem Zusammenhang wird angestrebt, nicht nur eine möglichst bedarfsgerechte Umsetzung der Förderung zu ermöglichen, sondern auch solche Bewohnergruppen zu erreichen und zu beteiligen, die bislang von grundlegenden sozialen, politischen und ökonomischen Prozessen ausgeschlossen waren. Durch die Vernetzung und Aktivierung von Nutzergruppen (z. B. Schülern, Eltern, Familien, Kindern, Vereinen) und zeitgleicher Anpassung von Infrastruktureinrichtungen wird zudem die Möglichkeit eröffnet, die Ausstrahlung, Akzeptanz, Öffnung, Nutzung und Wirkung, z. B. der sozialen und Bildungsinfrastrukturen, wesentlich zu verbessern.

Eine weitere Dimension ergibt sich durch die Einbindung der örtlichen Gewerbetreibenden. Die Förderung der lokalen Wertschöpfungsbeziehungen betrachtet neben den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) selbst auch deren wirtschaftliches Umfeld. Ebendieses Umfeld ist wesentlich durch die Stadt mit ihren Bürgerinnen und Bürgern geprägt. Viele

lokal verwurzelte Unternehmen haben dies erkannt und engagieren sich bereits heute vorbildlich im öffentlichen Leben. Die mit einem Geschäftsstraßen- oder Citymanagement verbundenen Potenziale der Selbstorganisation können durch eine adäquate Verknüpfung mit den übrigen Partizipationsprozessen an Wirkungskraft hinzugewinnen. Selbstverständlich sind die Ansprüche der KMU an ihr städtisches Umfeld nicht immer identisch mit den Vorstellungen aus der Bürgerschaft, da hier unterschiedliche Verwertungs- und Nutzungsvorstellungen in Konkurrenz stehen. Anwohner- und Kundenparken oder Außengastronomie und Ruhebedürfnis seien hier stellvertretend genannt. Doch eine Begegnung auf Augenhöhe kann Verständnis für Ansichten und Bedürfnisse der Anderen wecken und für einen Interessenausgleich sorgen.

Neben den horizontalen Schnittstellen zwischen den Gruppen ist auch die Verknüpfung der Bürgerorganisationen mit dem Verwaltungshandeln zu organisieren. Natürlich kennen erfahrene Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und die Stadtverwaltungen die Akteure vor Ort bestens. Daher kommt ihnen auch als Mittler zu den verfassten Entscheidungsprozessen in Ausschüssen und Räten eine wichtige Rolle im Selbstorganisationsprozess zu. Da hier Formvorgaben fehlen, kann ein solcher Partizipationsprozess auch in Neuland führen. Um Anlaufstellen und prozessuale Schnittstellen in horizontaler und vertikaler Hinsicht zu organisieren, zu moderieren und zu koordinieren, können die Städte Fördermittel für das Programmmanagement in Anspruch nehmen.



Die ausgewogene Abstimmung der Tätigkeiten von Partizipationsmanagement, Citymanagement und Programmmanagement ist eine ebenso anspruchsvolle wie verantwortungsvolle Aufgabe der Stadt. Bewusst halten sich die landesseitigen Leitvorstellungen bei der Formulierung konkreter Anweisungen zurück, denn aufgrund der unterschiedlichen historischen, politischen und sozialen Kontexte der Städte lassen sich bewährte Verfahren nicht immer von einer Stadt auf eine andere übertra-

gen. Daher kann hier auch keine erschöpfende Abhandlung der vielfältigen Möglichkeiten erfolgen. Allerdings besteht das Interesse, durch einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch eine möglichst hohe Qualität und Effektivität zu sichern.

All das ist den Bürgerinnen und Bürgern in Brandenburg nicht wirklich fremd; vor 20 Jahren haben sie sich an runden Tischen zusammengefunden, um ihre Geschicke gemeinsam in die Hand zu

nehmen. Diese Runden haben gezeigt, welche Kraft Gemeinsinn und Bürgersinn entfalten können. Auch wenn sich heute unser Staatswesen nicht in einer vergleichbaren Krise befindet, sollten alle auf der Suche nach einem Weg in die gemeinsame Zukunft eingebunden werden. Partizipation, Teilhabe, Einbeziehung – wie es auch immer genannt wird – ist für das Miteinanderleben und für erfolgreiches Investieren am Ort eine grundlegende Voraussetzung.



Ergebnisse der Umfrage zur kommunalen Einzelhandels- und Zentrenpolitik

Brunhild Greiser, Hans-Joachim Stricker

Die Stärkung der Innenstädte ist ein wichtiges landespolitisches Ziel, welches Eingang in den Masterplan „Starke Städte – Stadtbau“ gefunden hat und bei der Weiterentwicklung der Innenstadtinitiativen des MIR berücksichtigt wird. Innenstädte sind Orte des Wohnens, des Arbeitens, der Kultur und der Freizeit. Ein attraktives Einzelhandels- und Dienstleistungsangebot ist dabei unverzichtbar.

Dabei bedeuten der Strukturwandel im Einzelhandel und die Raumstruktur im Land Brandenburg mit der insgesamt geringen Bevölkerungsdichte und der Nachbarschaft zur Bundeshauptstadt Berlin große Herausforderungen für die Funktionsstärkung der Stadtzentren als zentrale Versorgungsbereiche. Andererseits haben mit der Novellierung des BauGB die Gestaltungsspielräume und auch die Verantwortung der Städte im Hinblick auf die Einzelhandels- und Zentrenpolitik deutlich zugenommen. Die Unterstützung der kommunalen Stadtentwicklungspolitik durch die Förderprogramme des MIR, die Umsetzung des Städtebaurechts (z. B. Einzelhandelserlass des MIR) sowie die Gemeinsame Landesplanung muss dies berücksichtigen. Benötigt werden hierzu aktuelle Daten zur kommunalen Einzelhandels- und Zentrenpolitik, sowohl für den Gesamtüberblick als auch für Hilfestellungen im

Einzelfall. Deshalb wurde vom Landesamt für Bauen und Verkehr im Sommer 2008 im Auftrag der Referate 21, 23 und GL 5 erstmals eine Kurzerhebung zum Stand der kommunalen Aktivitäten zur Funktionsstärkung der Stadtzentren insbesondere als zentrale Versorgungsbereiche durchgeführt, beschränkt auf 55 Städte als Oberzentren, Mittelzentren und Mittelzentren in Teilfunktion (lt. Entwurf – Zentrale Orte-System des LEP BB, Stand 07/2007). Die Rücklaufquote ausgefüllter und verwertbarer Fragebögen lag bei 96 %. Perspektivisch soll die Datenerhebung in ein „Stadtentwicklungsmonitoring“ integriert werden, welches aus dem bereits laufenden Stadtumbaumonitoring entwickelt wird.

Die Kurzbefragung umfasste folgende Themenbereiche:

- Einzelhandels- und Zentrenkonzepte
- Städtebauliche Instrumente und
- Perspektiven der Zentrumsentwicklung

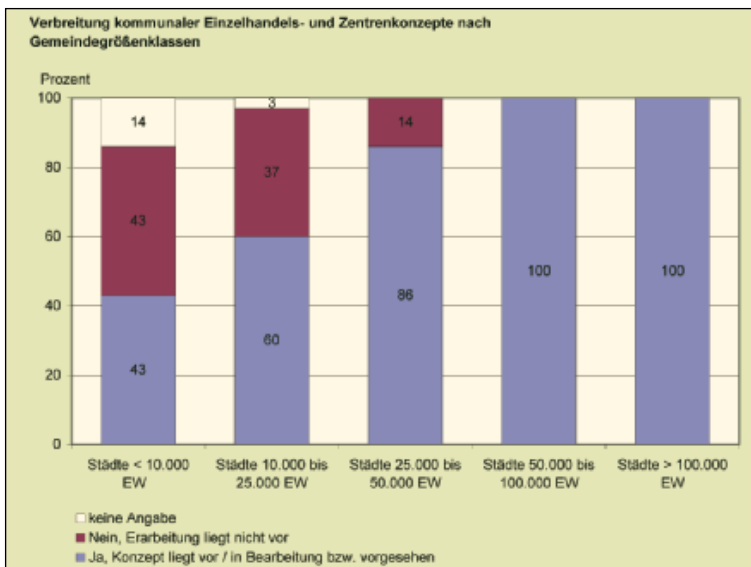
Erste Ergebnisse bildeten bereits Grundlagenmaterial für die Fachtagung „Innenstädte und Einzelhandel – Strategien und Instrumente“ am 24. September 2008 in Potsdam. Die weitere (ggf. vertiefende)

Auswertung und Verteilung der Informationen wird durch die drei beteiligten Fachreferate des MIR gesteuert. Im Folgenden wird ein erster kurzer Überblick über die Befragungsergebnisse gegeben:

Einzelhandels- und Zentrenkonzepte

In rund zwei Dritteln der befragten Städte liegt ein Einzelhandels- und Zentrenkonzept vor bzw. ist ein Konzept in Arbeit oder in Auftrag gegeben. Für etwa ein Drittel der Städte ist die Erstellung eines Konzeptes bislang kein Thema. Die Hälfte der Städte, die über ein Einzelhandels- und Zentrenkonzept verfügen, gaben als Beschlusszeitraum 2006, 2007 oder 2008 an. 21 Städte planen, 2009/2010 ihre vorliegenden Einzelhandels- und Zentrenkonzepte durch Beschluss verbindlich zu machen. Damit werden zukünftig für ca. 35 Städte aktuelle Konzepte vorliegen.

Die Verbreitung von Einzelhandels- und Zentrenkonzepten steht deutlich im Zusammenhang zur Größe der Stadt. Mit zunehmender Stadtgröße gewinnt das Einzelhandels- und Zentrenkonzept an Bedeutung. Lt. Befragung liegen deutlich mehr Konzepte für Städte >25.000 EW vor. Alle Städte >50.000 Einwohner verfügen über ein Einzelhandels- und Zentrenkonzept bzw. ist ein Konzept in Bearbeitung oder zur Erstellung vorgesehen.



Überörtliche Einzelhandels- und Zentrenkonzepte sind bisher wenig verbreitet. Erste Ansätze gibt es in Mittelzentren mit Teilfunktion bzw. in Grenzstädten. Mehr als die Hälfte der Städte trafen Festlegungen auf anderer Planungsebene, wie Flächennutzungsplan, Bebauungsplan, Stadtumbaukonzept und Integriertes Stadtentwicklungskonzept. In zehn Städten werden mit Beschluss in den Jahren 2008/09/10 künftige Festlegungen auch auf der Planungsebene FNP, B-Plan und INSEK erfolgen. Aktuelle Kenntnisse über den tatsächlichen Einzelhandelsbesatz liegen in etwa drei Viertel der befragten Städte vor.

Städtebaurechtliche Instrumente

Die meisten Festlegungen zur Einzelhandels- und Zentrenentwicklung erfolgten in städtebaulichen Rahmenplänen im Zusammenhang mit der Stadtanierung/ dem Stadtumbau in Verbindung mit dem besonderen Städtebaurecht (18 Nennungen) und Festlegung eines zentralen Versorgungsbereiches in einem städtebaulichen Entwicklungskonzept im Sinne von §1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB (17 Nennungen). Die räumliche Festlegung eines zentralen Versorgungsbereiches im Flächennutzungsplan (11 Nennungen) und die differenzierte Festlegung von zentralen Versorgungsbereichen unterschiedlicher Hierarchiestufen in einem städtebaulichen Entwicklungskonzept (12 Nennungen) wurden weniger angewandt.

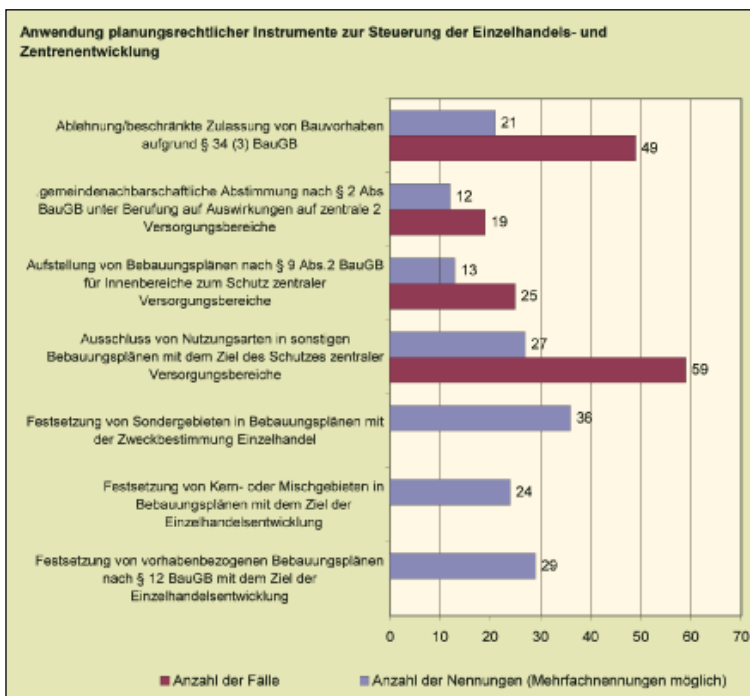
Die Festsetzung von Sondergebieten in B-Plänen mit der Zweckbestimmung

„Einzelhandel“ und die Festsetzung von vorhabenbezogenen B-Plänen nach § 12 BauGB mit dem Ziel der Einzelhandels-

entwicklung werden von den insgesamt 53 Städten hauptsächlich angewandt (36 und 29 Nennungen). Die Möglichkeiten, zentrenschädliche Einzelhandelsvorhaben abzuwehren, werden mit dem Ausschluss von Nutzungsarten in sonstigen B-Plänen (in 59 Fällen angewandt) und in Ablehnung/beschränkte Zulassung von Bauvorhaben aufgrund § 34 (3) BauGB (in 49 Fällen angewandt) gesehen. Diese Möglichkeiten der Abwehr wenden Städte aus allen Gemeindegrößenklassen an.

Bereits jede vierte Kommune stellt zum Schutz ihres zentralen Versorgungsbereiches B-Pläne nach § 9 Abs. 2a BauGB für Innenbereiche auf. Auch diese Möglichkeit des Schutzes des zentralen Versorgungsbereiches nutzen Städte aller Gemeindegrößenklassen. Die gemeindenachbarschaftliche Abstimmung





Entwicklungen wurden u. a. die Nähe von Einkaufsparks, das Fehlen von attraktiven Einkaufszentren oder Geschäftsstraßen in der Innenstadt genannt.

Entwicklungen wurden u. a. die Nähe von Einkaufsparks, das Fehlen von attraktiven Einkaufszentren oder Geschäftsstraßen in der Innenstadt genannt.

Perspektiven der Zentrenentwicklung

Die Mehrzahl der Städte sieht die Perspektiven der Zentrenentwicklung in der gezielten Aufwertung des Standorts Innenstadt im Rahmen der Städtebauförderung (44 Nennungen) und in der Stärkung des zentralen Versorgungsbereichs in der Innenstadt (40 Nennungen). Weiterhin wird von den Kommunen die gezielte Unterstützung von innerstädtischen Einzelhandels- und Dienstleistungsbetrieben (33 Nennungen), die Erhöhung der Einzelhandelszentralität der Stadt (31 Nennungen) und den Auf- und Ausbau eines Innenstadtmanagements/ Marketings (30 Nennungen) als wichtig angesehen. Die verstärkte Kooperation mit den Nachbargemeinden und die verstärkte Kooperation innerhalb des Mittelbereichs sowie die Stärkung von Stadtteilzentren im Sinne von nachgeordneten zentralen Versorgungsbereichen wurden nachrangig bewertet.

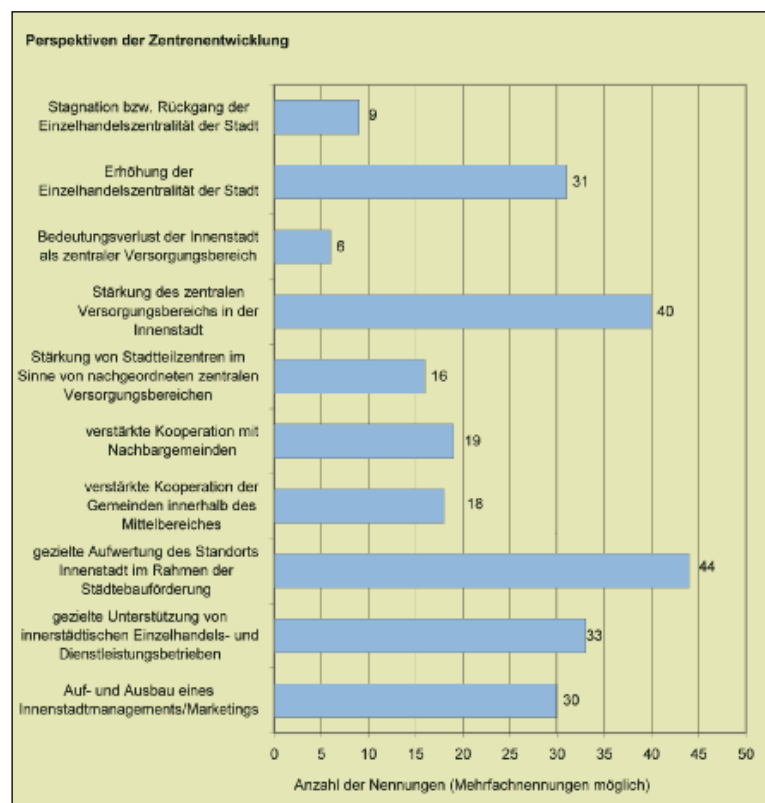
Von einer Stagnation bzw. dem Rückgang der Einzelhandelszentralität und den Bedeutungsverlust der Innenstadt als zentraler Versorgungsbereich gehen derzeit nur wenige der befragten Städte aus. Als Ursache für diese negativen

Schlussfolgerungen

Etwa ein Jahr nach dem Inkrafttreten der BauGB-Novelle ist Bewegung in der kommunalen Zentrenpolitik erkennbar.

Viele Städte haben die Chancen erkannt, die sich für die Stärkung der Innenstädte durch ein Zusammenwirken von Städtebauförderung und städtebaurechtlichen Instrumenten bieten. Die Städte sollten diesen Weg der Zentrenpolitik weiter gehen und hierbei auch die interkommunale Zusammenarbeit ausbauen. Die vorhandenen Instrumente des BauGB haben Eingang in die kommunale Praxis gefunden. Die Städte müssen diese Instrumente künftig noch stärker nutzen, um die Priorität der zentralen Versorgungsbereiche bei der Einzelhandelsentwicklung durchzusetzen und damit den Strukturwandel im Einzelhandel zwar nicht aufzuhalten, aber in städtebaulich erträgliche Bahnen zu lenken. Hilfestellungen geben der Einzelhandelserlass des MIR und die Arbeitshilfe Bebauungsplanung des MIR im Internet.

Das MIR wird die vorhandenen Spielräume bei der Programmpolitik und der Entwicklung der Förderrichtlinien für die Entwicklung möglichst flexibler Förderbedingungen nutzen. Die Städte werden außerdem durch Arbeitshilfen unterstützt werden. Das Thema der kommunalen Zentrenpolitik sollte in den kommunalen Arbeitsgemeinschaften weiter vertieft werden. ■



Raumordnungsbericht 2008 für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg

Stefan Krappweis

Der Bund und die meisten Flächenländer geben regelmäßig in Raumordnungsberichten Auskunft über die Raumentwicklung in ihrem Gebiet, über Veränderungen und Trends in der Siedlungsstruktur, Bevölkerung und Wirtschaft sowie über raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen. Dem Bund dienen Raumordnungsberichte zur Fortentwicklung der räumlichen Leitbilder und Handlungsstrategien, in der Landesplanung sind sie planvorbereitendes und planbegleitendes Instrument. In Berlin und Brandenburg ist der gemeinsame Raumordnungsbericht (ROB) laut gesetzlichem Auftrag (Art. 19 Landesplanungsvertrag) alle vier Jahre zu erstatten. Der ROB 2008 ist der dritte gemeinsame Raumordnungsbericht der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung. Er wurde mit allen Ressorts abgestimmt und beiden Landesregierungen am 12. August 2008 vorgelegt. Anschließend erfolgte die Zuleitung an Abgeordnetenhaus und Landtag.

Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg in der Mitte Europas

Der Raumordnungsbericht 2008 steht ganz im Zeichen der großen Veränderungen in der Hauptstadtregion. Berlin und Brandenburg sind nach der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 in das Zentrum des europäischen Wirtschaftsraumes gerückt. Um diese Chance zu nutzen und die internationale Wettbewerbsposition der Metropolregion zu verbessern, haben beide Länder im Jahr 2005 politische Weichenstellungen in Richtung „Stärken stärken“ vorgenommen. Dazu zählen u. a. eine auf Schwerpunkte orientierte Investitions- und Förderpolitik und eine Neuorientierung in der gemeinsamen Landesentwicklung („6-Punkte-Papier“). Der Bericht stellt im Eingangskapitel die Grundzüge dieser neuen Raumordnungspolitik vor und beschreibt die wesentlichen administrativen, demografischen, wirtschaftlichen und fi-

nanziellen Rahmenbedingungen in der Region. Daran anschließend werden die europäische Raumentwicklungspolitik und das raumordnerische Leitbild des Bundes in ihrer Bedeutung für die Hauptstadtregion erläutert.

Ein fester Bestandteil des Berichtes ist das Kapitel Raumordnungsplanung. Hier erhalten die Leser einen Gesamtüberblick über alle vorhandenen Pläne auf Ebene beider Länder und der Regionen in Brandenburg und erfahren das Wichtigste zu dem in Aufstellung befindlichen Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B), der mit dem neuen Zentrensystem aus Metropole, Oberzentren und Mittelzentren die räumliche Entwicklung der nächsten 15 Jahre maßgeblich prägen wird. Einen wichtigen Anteil am Raumordnungsbericht hat auch das Monitoring. Es umfasst die Themen Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Siedlungs- und Freiraumentwicklung, großflächiger Einzelhandel und Verkehr. Der zeitliche Schwerpunkt der Betrachtung liegt auf den Jahren 2002 bis 2006. Sofern aktuellere Daten zur Verfügung standen, wurden sie berücksichtigt.

Gemeinsam stark

In der globalisierten arbeitsteiligen Welt nimmt die Notwendigkeit zur Kooperation immer mehr zu. Die Raumordnung leistet mit ihren Kooperationsprojekten einen wichtigen Beitrag im Vorfeld unternehmerischer Initiative, indem sie Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft zusammenbringt und zu Wachstumsstrategien in der eigenen Region in Beziehung setzt.

Die Hauptstadtregion hat mit dem Beitritt der osteuropäischen Länder zur EU eine Horizonterweiterung erfahren. Der Raumordnungsbericht gibt einen Einblick in die vielfältigen Kooperationen von

Berlin und Brandenburg mit europäischen Partnern. Insbesondere mit Polen hat sich eine Kultur der Zusammenarbeit entwickelt, die zu einem guten nachbarschaftlichen Verhältnis beiträgt und gegenseitigen Nutzen in Fragen der Raumplanung, von Verkehr und Logistik, des Technologietransfers und Tourismus stiftet. Mit Partnern von der Ostsee bis zur Adria ist ein Netzwerk geknüpft worden, das die Entwicklung eines Nord-Süd-Korridors in der Mitte Europas zum Ziel hat. Innerhalb dieses Korridors hat sich im Nordosten Deutschlands, von den Ostseehäfen Mecklenburg-Vorpommerns bis nach Südbrandenburg, eine überregionale Partnerschaft als Modellvorhaben der Raumordnung etabliert. Im Süden arbeiten im regionalen Maßstab Brandenburg und Sachsen gemeinsam an der Rekultivierung der Tagebaue zum Lausitzer Seenland. Im Kernraum der Hauptstadtregion, dem Stadt-Umland-Bereich von Berlin, stimmen seit mehr als zehn Jahren 70 Brandenburger Städte und Gemeinden, Berliner Bezirke und weitere Akteure ihre Planungsabsichten im Kommunalen Nachbarschaftsforum informell ab und entwickeln in einem Netzwerk von sechs Regionalparks Gestaltungsideen für die suburbane Kulturlandschaft rund um Berlin. Im Flughafenumfeld des zukünftigen BBI am Standort Schönefeld südöstlich von Berlin ist ein weiterer Kooperationszusammenhang u. a. von zwölf Brandenburger Gemeinden und drei Berliner Bezirken entstanden, der unter Beteiligung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Flächenpotenziale für Wohnen und Gewerbe identifiziert hat.

Ansiedlungserfolge und Wirtschaftswachstum

Berlin und Brandenburg haben in den letzten Jahren einen beachtlichen Funktionswandel vollzogen: Gemeinsam füllen sie die Rolle der deutschen Haupt-

stadregion immer stärker aus. Der wirtschaftliche Aufschwung seit 2006 hat zu Wachstum und Beschäftigung wie zuletzt Anfang bis Mitte der 90er Jahre geführt. Das Bruttoinlandsprodukt im gemeinsamen Planungsraum betrug im Jahr 2006 insgesamt 131 Mrd. €. Brandenburg hat dazu 38 % beigesteuert, zu Beginn der 1990er Jahre war es nur knapp ein Viertel. Beide Länder konnten Ansiedlungserfolge in Zukunftsbranchen verbuchen und damit ihre wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzung auf Kompetenzfelder und Branchenschwerpunkte bestätigt sehen. Die Verflechtungen und die räumliche Arbeitsteilung zwischen Berlin und Brandenburg haben sich deutlich weiterentwickelt. Die Zahl der Pendler zwischen den beiden Ländern ist im Betrachtungszeitraum um 35 % gewachsen.

Das Schlüsselprojekt zur Entwicklung der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg, der Flughafen BBI, macht große Fortschritte; seine Inbetriebnahme kann planmäßig im Jahr 2011 erfolgen. Die landesplanerische Standortwahl für den BBI im LEP FS 2003 hat der rechtlichen Überprüfung standgehalten.

Berlin ist der Motor des gemeinsamen Planungsraumes; 62 % der Wirtschaftsleistung im Gesamttraum entfallen auf die Hauptstadt. In wichtigen Bereichen von Wirtschaft und Kultur, Bildung und Forschung sowie bei den Medien hat Berlin an Bedeutung gewonnen.



Titelblatt ROB 2008

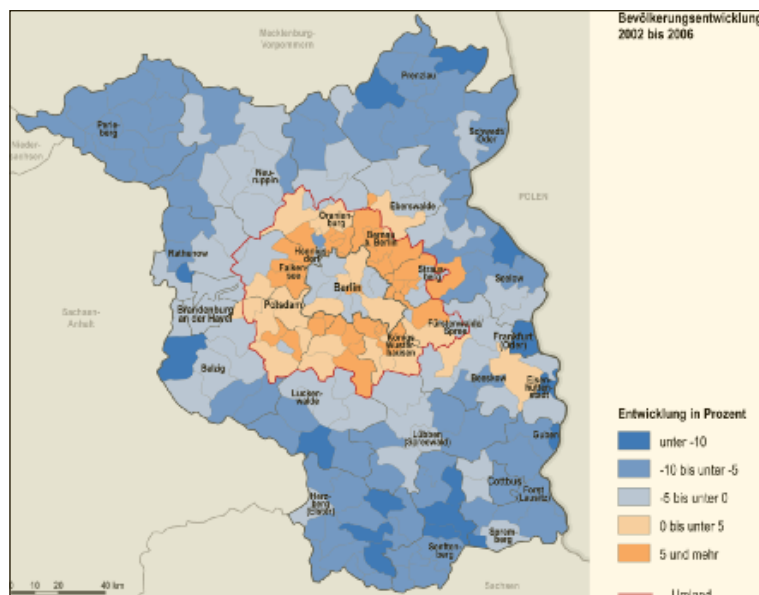
Demografie: Wachstum und Schrumpfung nebeneinander

Berlin und sein Umland liegen im Einwohnerzuwachs an der Spitze aller Großstadregionen in Ostdeutschland und verzeichneten zwischen 2002 und 2006 ein Plus von 75.000 Menschen. Die Hauptstadtregion insgesamt, einschließlich des äußeren Entwicklungsraumes, verlor zwar 30.000 Einwohner (-0,5 %), verglichen mit dem Minus von 440.000 Einwohnern in den anderen ostdeutschen Bundesländern (-4,1 %) ist der Verlust aber noch glimpflich. Der Drang von Berlinern ins Umland, die Suburbanisierung, hat nachgelassen, 2006 wechselten per Saldo nur noch 9.200 über die Stadtgrenze. Durch gleichzeitige Fernwanderungsgewinne

ist die Bevölkerungszahl in Berlin zuletzt wieder auf 3,4 Mio. Einwohner angestiegen. In Brandenburg sank nach dem Bevölkerungswachstum in den 90er Jahren die Zahl der Einwohner um 50.000 auf unter 2,55 Mio. Einwohner. Während im Berliner Umland durch den Zuzug aus Berlin die Einwohnerzahl um knapp 60.000 wuchs, verlor der äußere Entwicklungsraum über 100.000 Menschen.

Die Abwanderung der Jüngeren aus dem äußeren Entwicklungsraum zu Arbeits- und Ausbildungsplätzen in die alten Länder hält an. Glück im Unglück ist, dass die Metropole Berlin ein starker Magnet für junge Menschen ist. 2006 wanderten in der Altersgruppe der 18- bis unter 30-Jährigen im Saldo 21.000 Menschen in die Hauptstadt, 60 % aus dem Ausland, 20 % aus Brandenburg, 20 % aus den anderen Bundesländern. Auch Hochschulen und Universitäten in der gesamten Hauptstadtregion ziehen junge Menschen an und halten hochqualifizierte Landeskinder in der Heimatregion. Neue Perspektiven für junge Menschen in Brandenburg heißt aber vor allem, mehr Arbeit ins Land holen und adäquate Arbeitsplätze für Höherqualifizierte bieten.

Angesichts des Bevölkerungsrückgangs in berlinfernen Räumen kommt den Regionalen Wachstumskernen und einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur große strukturpolitische Bedeutung zu. Die Regionalen Wachstumskerne haben eine Motorfunktion für den äußeren Entwicklungsraum. Sie strahlen als regionale Arbeitsmarktzentren und Einpendlerstädte in den ländlichen Raum aus und tragen zu dessen Stabilisierung bei. Darüber hinaus hat der Ausbau des Schienennetzes, insbesondere am Bahnknoten Berlin, und der Ausbau von Bundes- und Landesstraßen einschließlich der Ortsumgehungen die Standortbedingungen in der Peripherie verbessert und den Aktionsradius der Bevölkerung stark vergrößert. Wirtschaft, Arbeitskräfte, Schüler und Studierende sind mobiler geworden. Im Schienennahverkehr der Länder Berlin und Brandenburg wuchs aufgrund der kürzeren Reisezeiten nach der Inbetriebnahme des Berliner Hauptbahnhofs, der Bahnhöfe Gesundbrunnen und Südkreuz sowie des Nord-Süd-Tun-

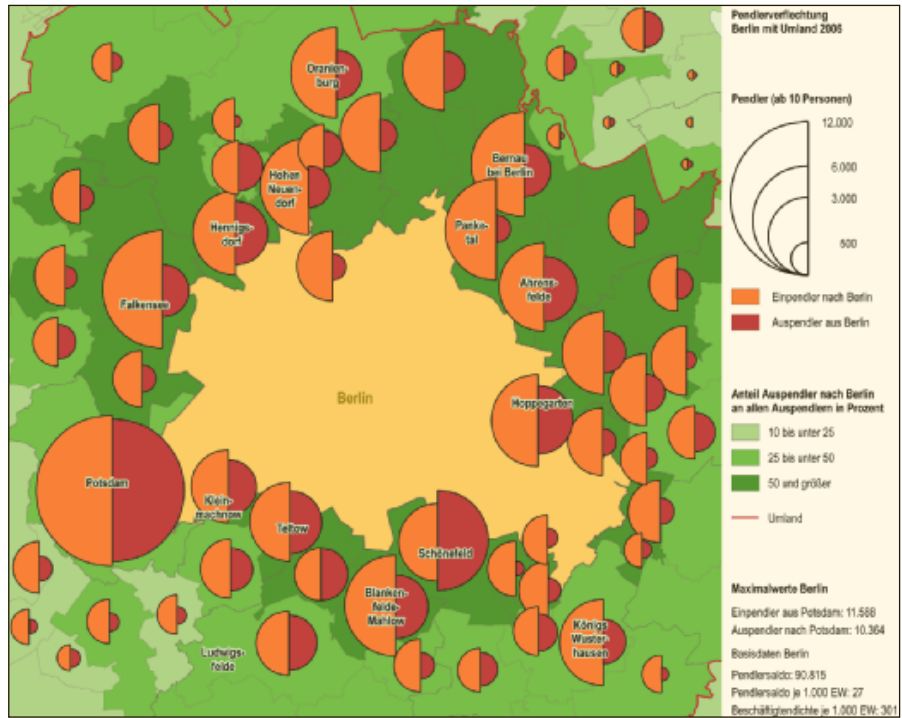


Bevölkerungsentwicklung 2002 – 2006

nels die Zahl der Fahrgäste, insbesondere der Pendler, um 11 %, auf bestimmten Regionalexpressstrecken nach Berlin mit erheblichen Fahrzeitverkürzungen um 30 – 40 %.

Das Bedürfnis der Menschen nach mehr Wohnraum hat in beiden Ländern die Wohnfläche auf durchschnittlich 39 m² je Einwohner anwachsen lassen – nur noch zwei Quadratmeter unter dem Bundesdurchschnitt von 41 m². Trotz dieses Anstiegs ist der Flächenverbrauch um ein Viertel gesunken: Von 2000 bis 2004 nahm die tägliche Flächeninanspruchnahme von 10,8 auf 8,5 ha pro Tag ab. Insgesamt entstanden dabei 12.430 ha Siedlungs- und Verkehrsflächen neu: 430 ha in Berlin und 12.000 ha in Brandenburg, davon 3.900 ha im Berliner Umland und 8.100 ha im äußeren Entwicklungsraum. Im Berliner Umland ist es gelungen, die einzigartige und schützenswerte Raumstruktur einer kompakten Kernstadt inmitten eines dünn besiedelten Umlandes und weiten, unzerschnittenen Räumen zu erhalten. Den Zersiedlungstendenzen aus der ersten Hälfte der 90er Jahre konnte entgegengewirkt werden.

Der großflächige Einzelhandel kehrt zurück in die Städte. Statt auf die „Grüne Wiese“ zeichnet sich nunmehr bei der Standortwahl ein Trend zu innerstädti-



Pendlerverflechtung Berlin und Umland 2006

schen Standorten ab. In Berlin wuchs der großflächige Einzelhandel zwischen 1999 und 2006 um 18 %, in Brandenburg um 8 %.

Download und Broschüre

Der Bericht steht im Internet zur Verfügung, die Broschüre liegt seit Oktober

2008 vor. Der ROB dient der Information der Landesbehörden, Kommunen, Fachleute und der interessierten Öffentlichkeit. Und wie man hört, wird er auch von Brandenburger Schulen gerne im Geografieunterricht eingesetzt.

www.gl.berlin-brandenburg.de



Einführung der XPlanung in Brandenburg

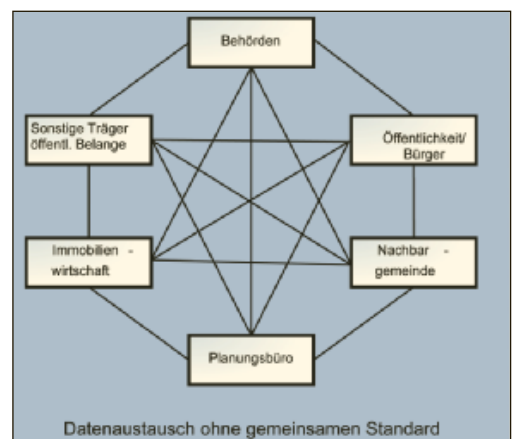
Sybille Janssens

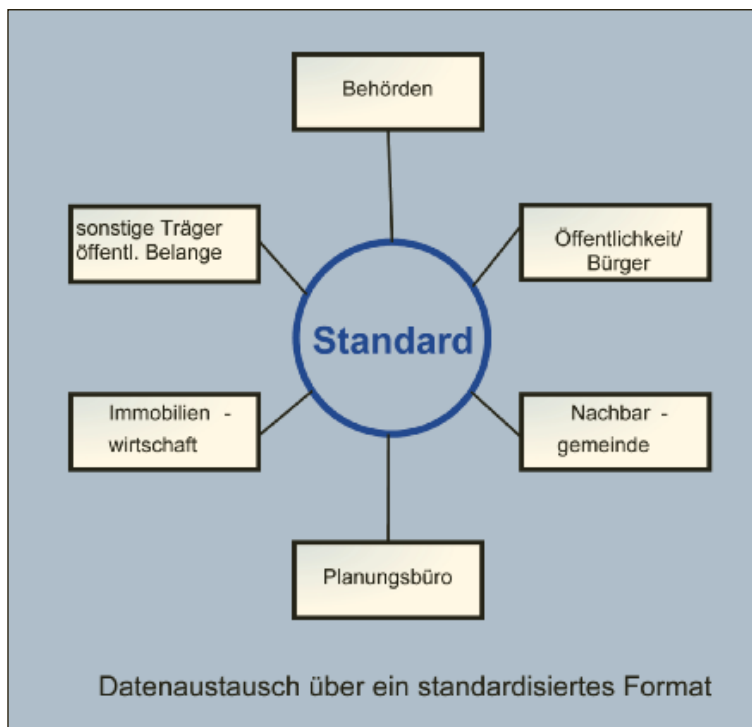
XPlanung ist ein elektronisches Standardisierungsvorhaben im Bereich der Bauleitplanung, das sich unter dem Dach von Deutschland-Online, der nationalen E-Government-Strategie von Bund, Ländern und Kommunen, mit der Erarbeitung einer digitalen Datenstruktur (Objektmodell) und dem entsprechenden Datenaustauschformat für die Bauleitplanung beschäftigt.

Die Aufstellung, Genehmigung und Änderung eines Bauleitplanes ist immer ein Prozess zwischen unterschiedlichen

Akteuren auf verschiedenen Planungsebenen: Planer – Kommune – Träger öffentlicher Belange – Bürger. Ein standardisierter digitaler Informations- und Datenaustausch findet dabei in der Regel noch nicht statt. Auf den unterschiedlichen Planungsebenen werden vielmehr die gleichen Informationen neu und in unterschiedlicher Art und Weise erfasst und ausgewertet. Effizienz- und Informationsverlust sind vielfach die Folge.

Genau hier ist der Ansatzpunkt für das XPlanungs-Vorhaben. Entwickelt wurde





und die damit verbundenen positiven Effekte in Brandenburg zu sichern und aktiv auf die Verifizierung und Fortschreibung des Standards durch Praxiserfahrungen einwirken zu können. Gemeinsam mit den Projektpartnern in den Kreisverwaltungen Elbe-Elster und Oberhavel sowie bei der Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg (LGB) werden u. a. Softwareapplikationen für die XPlan-konforme Erfassung sowie Präsentation von Bauleitplänen und eine XPlanungs-Schnittstelle für ein vorhandenes Softwaresystem im Bauleitplanungsbereich erarbeitet sowie die XPlan-konforme Erfassung von Bauleitplänen pilothaft durchgeführt.

Damit wird auch ein wesentlicher Beitrag zur praktischen Ausgestaltung der im Aufbau befindlichen gemeinsamen Geodateninfrastruktur Berlin – Brandenburg geleistet. Deshalb ist die XPlan-konforme Erfassung von Bauleitplänen durch die zuständigen Städte und Gemeinden selbst und die Beschaffung von ggf. erforderlicher Hard- und Software zur Präsentation und Erfassung der Bauleitplanungsdaten über Web-Services im Rahmen der Richtlinie des Ministeriums des Innern zur „Förderung von Maßnahmen zum Aufbau der Geodateninfrastruktur im Land Brandenburg“ aus Mitteln der Europäischen Union (Euro-

in bundesweiter Zusammenarbeit von Wissenschaftlern, Kommunen, Kreisen und auch Ländern eine digitale Datenstruktur für den Austausch der Inhalte von Bebauungs-, Flächennutzungs- und Regionalplänen auf der Basis des Bundesraumordnungsgesetzes (ROG), des Baugesetzbuches (BauGB), der Bau-nutzungsverordnung (BauNVO) und der Planzeichenverordnung (PlanzV). Ziel ist wie bei allen Vorhaben von Deutschland-Online

Das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung hat bereits 2006 begonnen, die Einführung und Anwendung des Standards über ein Pilotprojekt zu forcieren. Das Pilotprojekt „Einführung des XPlanungs-Standards in Brandenburg“ als Bestandteil des E-Government-Projektes „Planungsinformationssystem (PLIS)“ des Landesamtes für Bauen und Verkehr wurde mit dem Ziel initiiert, frühzeitig die Praktikabilität des Einsatzes

- die Schaffung von Grundlagen für die Entwicklung von elektronischen Geschäftsprozessen vor allem zwischen den Verwaltungsebenen
- die Etablierung von durchgängigen Online-Dienstleistungen über alle Verwaltungsebenen hinweg
- die Erhöhung der Transparenz des Planungsprozesses für die Öffentlichkeit

Eine breite Anwendung elektronischer Geschäftsprozesse in der Bauleitplanung ist noch eine Vision – aber der Entwicklungsstand des digitalen Standards ist schon soweit vorangeschritten, dass auch das Präsidium des Deutschen Städtetages seinen Mitgliedern die Nutzung dieses Standards empfiehlt.



päischer Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) förderfähig.

Zu diesem gesamten Themenkomplex fand am 24. und 25. September 2008 ein Workshop im Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung statt. Die Vertreter aus den Städten und Gemeinden, den Regionalen Planungsgemeinschaften, den Kreisverwaltungen und den Vermessungsbüros sowie DV-Dienst-

leister wurden mit dem XPlanungs-Standard sowie den Projektaktivitäten auf Bundes- und Landesebene vertraut gemacht und Anwendungs- sowie Fördermöglichkeiten aufgezeigt.

Da „XPlanung“ als wichtiger Beitrag zur E-Government-Entwicklung im Workshop so große Resonanz fand, werden auf den Internet-Seiten des MIR-Geschäftsbereichs in der nächsten Zeit weiterge-

hende Informationen dazu zur Verfügung gestellt.

Weiterführende Links:

http://gdi.berlin-brandenburg.de/efre_brandenburg.php

<http://www.do-geodaten.nrw.de/xplanung/xplanung.htm>

<http://www.iai.fzk.de/www-extern/index.php?id=1552>

Wien und Niederösterreich zu Gast in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg

Frank Segebade

Die deutsche und österreichische Hauptstadtregion sind sich überraschend ähnlich: Wien liegt ebenso als Insel im Bundesland Niederösterreich wie Berlin im Land Brandenburg. Beide waren einst Zentren europäischer Großmächte und wurden in Folge des 2. Weltkriegs von ihrem Hinterland abgeschnitten. Unter Kontrolle durch die vier Siegermächte bis 1955 bzw. 1990, gelegen in mitteleuropäischer Randlage, verloren sie international jahrzehntelang an Bedeutung. Seit dem Fall der Mauer stehen sie wieder „in erster Reihe“ zu den Nachbarstaaten in Mittel- und Osteuropa und suchen ihren Platz im Wettbewerb der europäischen Metropolregionen.

Wie arbeiten Wien und Niederösterreich dabei zusammen? Was sind die Hauptfelder der Kooperation? Wie ergänzen sich Metropole und Region in ihren jeweiligen Stärken? Wie wird die Teilhabe der peripheren Landesteile an den Erfolgen der Entwicklung sichergestellt? Wie kooperieren die Länder bei der Zusammenarbeit mit europäischen Partnern? Kommt die Fusion der Bundesländer?

Diese Fragen standen im Mittelpunkt einer gut besuchten Veranstaltung, die am 13. Oktober in der brandenburgischen Landesvertretung in Berlin stattgefunden hat. Die Veranstaltung fand im



Rahmen der Kulturlandkampagne Brandenburg 2008 statt und war durch die Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg vorbereitet worden.

Auf dem Podium vier hochrangige Vertreter der Regionen: Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer aus Berlin, der für Stadtentwicklung zuständige Stadtrat Rudolf Schicker aus Wien, der stellvertretende Landeshauptmann Niederösterreichs, Herr Ernest Gabmann sowie Herr Minister Reinhold Dellmann für das Land Brandenburg.

Die Veranstaltung wollte der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg einen Blick über den Tellerrand ermöglichen und auch dem Publikum die Gelegenheit

bieten, mit den österreichischen Gästen über deren Erfahrungen in der Zusammenarbeit zu diskutieren. Wie können eine Metropole und das umgebende Flächenland so zusammenarbeiten, dass die Zusammenarbeit für beide Länder, also für die Metropolregion insgesamt von Vorteil ist? Welche Erfahrungen sind übertragbar? Was können wir von der österreichischen Hauptstadtregion lernen?

Nach einer Einführung durch Minister Dellmann stellten die österreichischen Gäste in kurzen Referaten ihren jeweiligen Blick auf die Metropolregion Wien-Niederösterreich vor. Anschließend diskutierten die Politiker unter Moderation von Frau Dr. Weidenfeld miteinander



und mit dem Publikum. Die österreichischen Politiker betonten die Bedeutung der engen Kooperation für die erfolgreiche Entwicklung der Region. Überall, wo es gemeinsame Interessen gebe, müsse die Zusammenarbeit so intensiv wie mög-

lich gestaltet werden. Von größter Bedeutung sei es, die Grenzen in den Köpfen abzubauen. Das gehe nur über jahrelange gute Zusammenarbeit, aus der gegenseitiges Vertrauen erwachsen könne. Als Beispiele erfolgreicher Kooperation nannten sie die verbesserte Einbindung der Region in transeuropäische Verkehrsnetze und die Sicherung der ökologisch wertvollen Landschaft der Donau-Auen.

Senatorin Junge-Reyer und Minister Dellmann verwiesen auf die enge bestehende Verflechtung und die zahlreichen gemeinsamen Institutionen in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg und sahen sich durch die Erfahrungen aus Wien-Niederösterreich bestätigt. Wo ge-

meinsame Interessen da sind, müsse man diese auch weiterhin mit Nachdruck gemeinsam verfolgen. Beispielhaft verwiesen Senatorin und Minister auf die gute Zusammenarbeit bei der Entwicklung des Umfeldes des Flughafens BBI und die Überarbeitung der Gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg.

Die Veranstaltung hat erneut unterstrichen, dass eine kontinuierliche und vertrauensvolle Kooperation die Voraussetzung dafür ist, die ergänzenden Stärken von Metropole und Region zum Nutzen beider Partner zur Geltung zu bringen. Zur engen Zusammenarbeit in der Hauptstadtregion gibt es keine Alternative. ■

Demografische Entwicklungen des Landes Brandenburg in Gegenwart und Zukunft

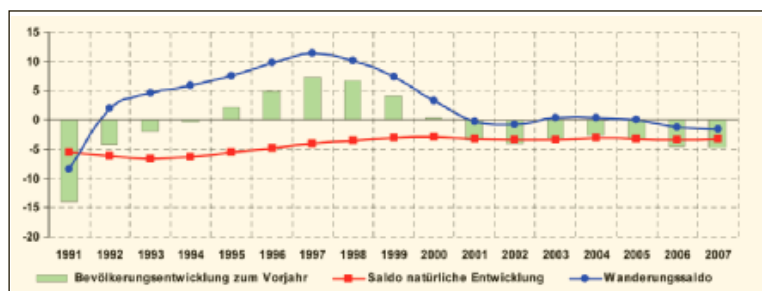
Hans Jürgen Volkerding

Bevölkerungsentwicklung seit 1990
Brandenburg ist anders. Hier gelang es, im Gegensatz zu den anderen neuen Ländern über viele Jahre hinweg trotz eines hohen Geburtendefizits die Bevölkerungszahl in etwa zu halten. Erst seit dem Jahr 2001 treten bislang noch moderate Bevölkerungsverluste auf. So liegt im Jahr 2007 die Bevölkerungszahl mit 2,54 Mio. Einwohnern nur rund 2 % niedriger als im Jahr 1990.

Die Bevölkerungsbilanz stellt sich auf der regionalen und erst recht auf der lokalen Ebene in Brandenburg aber ganz anders dar als auf der Landesebene. Dieses Ergebnis resultiert zum einen maßgeblich aus Wanderungsgewinnen berlinnaher Räume gegenüber der Bundeshauptstadt, die nach 1990 eine deutliche Suburbanisierung der Bevölkerung durchlebte. Die Bevölkerungsdynamik im Umland von Berlin ist mit einem Wachstum von knapp 237.000 Einwohnern (30 %) im

Zeitraum 1991 bis 2007 in den neuen Ländern ohne Beispiel. Mit dem Abflauen der Suburbanisierung seit Ende der 1990er Jahre konzentrieren sich die Wanderungsgewinne aber zunehmend auf unmittelbar an Berlin angrenzende Gemeinden mit hoher Lagegunst. Berlin selbst hat seit 2005 Nettowanderungsgewinne von mehr als 10.000 Einwohnern jährlich, vorwiegend gegenüber dem Ausland und anderen neuen Bundesländern.

Berlinerne Räume mussten hingegen eine deutliche großräumige Abwanderung vor allem in die alten Bundesländer verkraften, die oft ausbildungs- und arbeitsplatzinduziert ist und von jungen, vielfach gut qualifizierten Personen getragen wird. Rund die Hälfte der Bevölkerungsverluste seit 1991 in Höhe von 290.000 Personen (16 % Rückgang) beruht auf Wanderungsverlusten. Zum tiefgreifenden siedlungsstrukturellen Wandel trug darüber hinaus auch die klein-



Bevölkerungsentwicklung Land Brandenburg 1991 bis 2007 (je 1.000 Einwohner)

Quelle: AfS B-B, eigene Berechnungen LBV 09/2008

räumige Dekonzentration der Bevölkerung bei, die sich gerade im Umland der größeren Brandenburger Städte in Wanderungsgewinnen und teilweise einem Bevölkerungswachstum niederschlug, während Kernstädte meist jüngere Bevölkerung verloren. Die Suburbanisierung ist jedoch stark rückläufig und ein Teil der Städte hat im Zeitraum nach 2000 sogar Wanderungsgewinne gegenüber dem übrigen Land Brandenburg erzielt. Dennoch besteht kein Trend hin zu einer flächendeckenden Reurbanisierung im Sinne einer Zunahme der Bevölkerung in den Kernstädten, da die Wanderungsverluste gegenüber den alten Ländern dominieren und langfristig auch die Umlandgemeinden der Städte im äußeren Entwicklungsraum stark von Alterung und Rückgang der Bewohnerschaft betroffen sind.

Annahmen zur künftigen Entwicklung bis 2030

Die im Frühjahr 2008 vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS B-B) und dem Dezernat Raumberechnung und dem Landesamt für Bauen und Verkehr (LBV) vorgelegte Bevölkerungsprognose für das Land Brandenburg und die darauf aufbauende kleinräumige Vorausschätzung beruhen auf Annahmen zum künftigen generativen Verhalten, zur Sterblichkeit und zum Wanderungsverhalten. Sie lassen sich zusammenfassen als:

- leichte Zunahme der Geburtenrate bis auf 1,35 Kinder je Frau in 2015 und Angleichung des Geburtenverhaltens an die Verhältnisse in den alten Bundesländern
- Anstieg der Lebenserwartung bei Neugeborenen um rund vier Jahre

bis 2030 (auf 85,2 Jahre bei Mädchen und auf 80,0 Jahre bei Jungen)

- Wanderungsgewinne in Höhe von per Saldo 90.000 Personen im Zeitraum 2007 bis 2030, die sich primär aus Berlin speisen. Die Annahmen zu den Wanderungsströmen zwischen Berlin und seinem Umland wurden mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung abgestimmt.

Die Prognosen und Vorausschätzungen stellen selbst keine Planzahlen dar, sondern sind Grundlagen für die Landesplanung und Fachplanung anderer Ressorts. Es handelt sich um „Wenn-dann-Aussagen“, die die demografischen Folgen berechnen, wenn die als wahrscheinlich erachteten Annahmen eintreffen. Insbesondere bei der Einschätzung der künftigen kleinräumigen Wanderungsströme bestehen prognostische Unsicherheiten, so dass die hier auf Ebene der Ämter und amtsfreien Gemeinden getroffenen Vorausschätzungen nur Trendaussagen sein können.

Ergebnisse

Trotz steigender Lebenserwartung und etwas höherer Geburtenraten nimmt im Land Brandenburg die Bevölkerung voraussichtlich von 2,55 Mio. Einwohnern im Jahre 2006 auf 2,19 Mio. im Jahre 2030 (-13,9 %) ab. Die Schere zwischen Geburten- und Sterbefällen öffnet sich weiter, da einerseits nachrückende Elternjahrgänge immer geringer besetzt sind und sich die Zahl der Geburten demzufolge weiter verringert. Andererseits nimmt die Zahl der Sterbefälle zu, da die Zahl der betagten Menschen wächst. Wanderungsgewinne können

das starke Geburtendefizit nur zu einem Fünftel kompensieren. Während im Umland Berlins die Bevölkerungszahl wanderungsbedingt weiter wächst (+3,5 %), ist die Bevölkerungsentwicklung im äußeren Entwicklungsraum gegenläufig (-25,4 %). Hier tritt ein höheres Geburtendefizit auf und statt Wanderungsgewinnen sind -verluste zu erwarten, die aber rückläufig sind.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung prognostiziert für den gleichen Zeitraum für Berlin nur einen geringfügigen Einwohnerrückgang von 1,1 % (Basisvariante, siehe <http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/bevoelkerungsprognose>). Die verglichen mit Brandenburg günstigeren demografischen Perspektiven Berlins beruhen auf einem deutlich höheren Anteil junger Frauen im gebärfähigen Alter und damit einer höheren Geburtenrate, einer niedrigeren Sterberate infolge weniger älterer Menschen, die ein höheres Sterberisiko haben und einem prozentual höheren Wanderungsgewinn. Innerhalb der Metropolregion Berlin-Brandenburg wird somit die Bevölkerungsrelation zwischen Metropole und Umland gegenüber dem äußeren Entwicklungsraum von 3:1 auf 4:1 anwachsen.

Ein starkes Bevölkerungswachstum von 15,4 % gegenüber 2006 hat nur die Landeshauptstadt Potsdam zu erwarten. Havelland ist der einzige weitere Landkreis mit einem geringfügigen Bevölkerungszuwachs (+0,4 %). Die ungünstigste Entwicklung vollzieht sich in den nicht an Berlin angrenzenden Kreisen, die mit einem Bevölkerungsrückgang von bis zu mehr als einem Viertel rechnen müssen.

Wenn man sich vor Augen führt, dass z. B. ein Großteil des ÖPNV vom Schü-

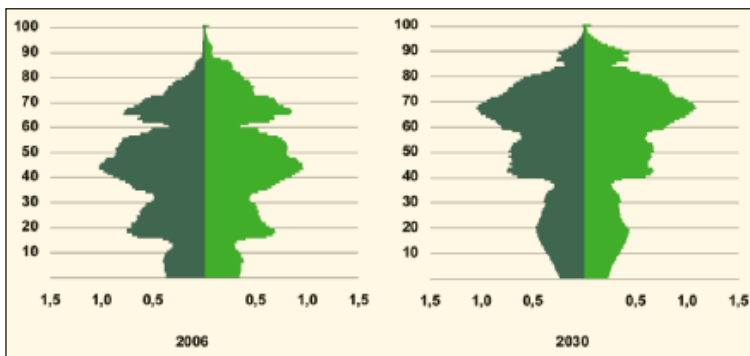
Bevölkerungsstand und -entwicklung im Land Brandenburg bis 2030								
Gebiet	2006	2010	2020	2030	Entwicklung 2030 gegenüber 2006		2007 bis 2030	
					1 000 Personen	Prozent	natürlicher Saldo	Wanderungssaldo
Land Brandenburg	2 547,8	2 497,7	2 377,7	2 193,9	-353,9	-13,9	-443,9	+90,0
Umland Berlin	1 013,5	1 039,5	1 066,8	1 049,1	+35,6	+3,5	-123,5	+159,1
äußerer Entwicklungsraum	1 534,3	1 458,1	1 310,9	1 144,8	-389,5	-25,4	-320,4	-69,1

Quelle: Bevölkerungsprognose LBV/AfS B-B, Basis 2006; LBV/AfS B-B 04/2008



lerverkehr getragen wird oder etwa die Hälfte der Krankenhausbehandlungen auf Personen ab 60 Jahren entfallen, wird deutlich, dass bei der Entwicklung von Anpassungsstrategien an den demografischen Wandel die Altersstrukturentwicklung beachtet werden muss. In den nächsten zweieinhalb Jahrzehnten sinkt im Land Brandenburg die Zahl der Kinder und Jugendlichen bis unter 15 Jahren um rund ein Fünftel. Noch stärkere Rückgänge sind für die Altersjahrgänge der Erwerbsfähigen wahrscheinlich, während die Generation 65+ um fast die Hälfte zunimmt.

Im Jahr 2020 wird bereits mehr als ein Viertel, im Jahr 2030 mehr als ein Drittel der Bevölkerung der Seniorengeneration angehören. Trotz des landesweiten Trends der Alterung der Bevölkerung wird das Umland Berlins auch im Jahr 2030 mehr jüngere Bevölkerung aufweisen als die berlinfernen Landesteile.

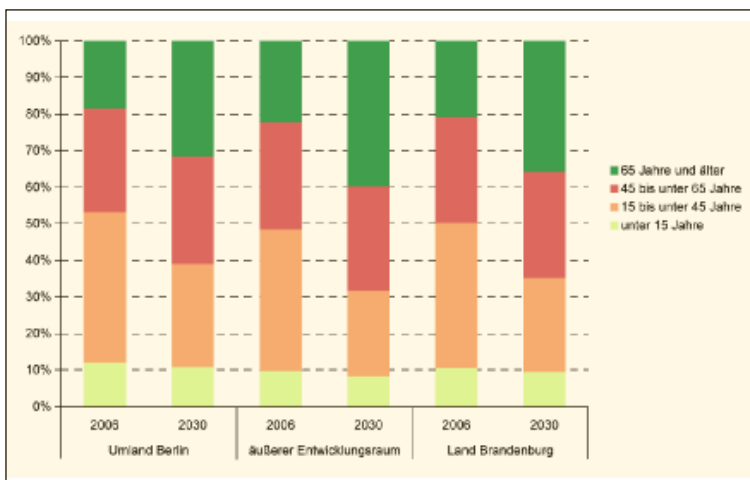


Altersstruktur Land Brandenburg (in Prozent)

Quelle: Bevölkerungsprognose LBVIAfS B-B, Basis 2006; LBVIAfS B-B 04/2008

Kleinräumige Bevölkerungsvorausschätzungen

Auf der Ebene der 202 Ämter und amtsfreien Gemeinden treten weitaus größere Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung bis 2030 zutage als auf der Kreisebene. Extremwerte stellen Dallgow-Döberitz und Schönefeld mit einem Wachstum von mehr als 40 % und Treuenbrietzen mit einer Abnahme von 37 % dar. Die Vorausschätzungen ergeben, dass auch im Berliner Umland die Bevölkerung wanderungsbedingt langfristig nur in knapp der Hälfte meist unmittelbar an Berlin angrenzenden Gemeinden zunehmen wird.

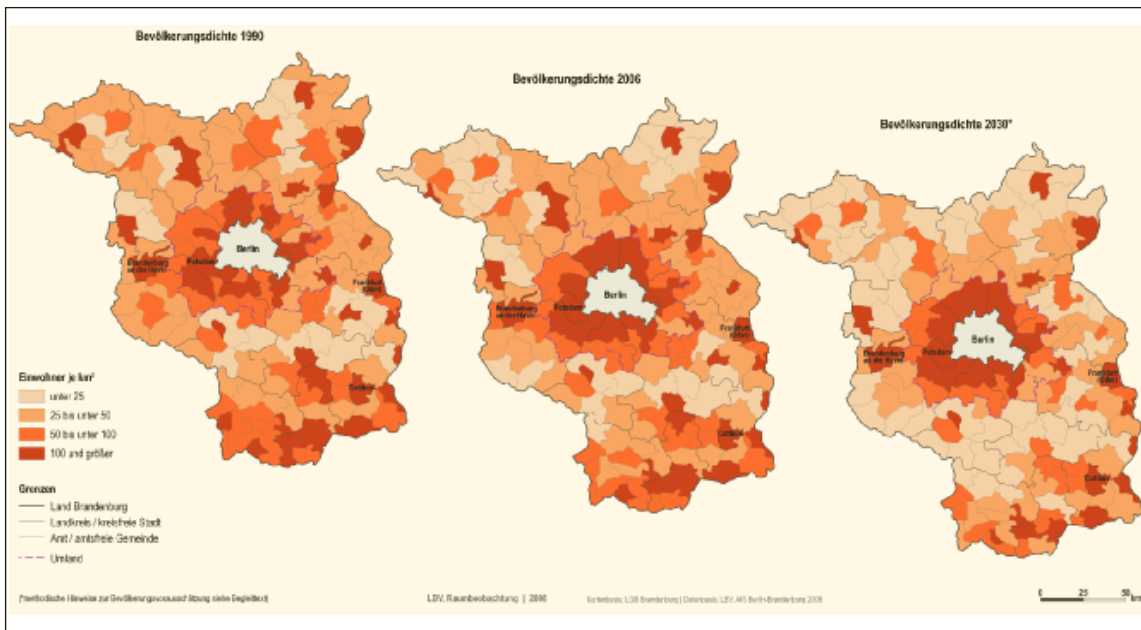


Altersstruktur Land Brandenburg 2006 und 2030 (in Prozent)

Quelle: Bevölkerungsprognose LBVIAfS B-B, Basis 2006; LBVIAfS B-B 04/2008

Die durch Abwanderung deformierte Altersstruktur in vielen größeren Städten in den berlinfernen Regionen zieht mit großer Wahrscheinlichkeit auch künftig die größten Geburtendefizite und Bevölkerungsverluste nach sich. Die Zahl der Ämter und amtsfreien Gemeinden mit einer Bevölkerungsdichte von weniger als 25 Einwohnern je km² Fläche wird sich voraussichtlich von 28 auf 55 fast verdoppeln.

Im Jahr 2030 wird mit Ausnahme Potsdams in all diesen Raumeinheiten mindestens jeder vierte Einwohner der



Seniengeneration angehören. In den Städten Wittenberge, Guben und Premnitz und weiteren 13 zumeist kleineren Ämtern und amtsfreien Gemeinden ist ein Rentneranteil von 45 % bis fast 50 % im Jahr 2030 möglich.

Die Ergebnisse untermauern, dass Maßnahmen zur Anpassung an den demografischen Wandel nicht nur an der künftigen Bevölkerungszahl und -struktur

ausgerichtet werden müssen, sondern auch die räumliche und zeitliche Komponente berücksichtigen sollten.

Bezugsmöglichkeiten

Die Übersichten zur Entwicklung der Wohnbevölkerung in den Jahren 1990 bis 2007 als auch die Annahmen, methodischen Erläuterungen und aufbereiteten Ergebnisse der Bevölkerungsvor-

ausschätzung für die Ämter und amtsfreien Gemeinden finden Sie als PDF-Datei unter: <http://www.lbv.brandenburg.de/623.htm>. Die Veröffentlichung zur Bevölkerungsprognose für das Land Brandenburg kann im Internet abgerufen werden unter: http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Publikationen/Stat_Berichte/2008/Prognose2008_monitor.pdf

5. Brandenburgischer Ingenieurpreis würdigt mit 15.000 € Preisgeld herausragende ingenieurtechnische Leistungen

Daniel Petersen

Vermeintlich unlösbare Aufgaben, schwierige Projekte, knifflige Rahmenbedingungen: Man kann sich kaum vorstellen, welch komplizierten Arbeitsalltag Ingenieure bewältigen müssen. Dabei wirken sie meist im Hintergrund, bestechen durch ihre Bescheidenheit verbunden mit großartigen Lösungswegen für das Allgemeinwohl.

Um herausragende Leistungen auch öffentlich anzuerkennen, lobte die Brandenburgische Ingenieurkammer nunmehr zum fünften Mal den „Brandenburgischen Ingenieurpreis“ aus.

Schirmherren des Wettbewerbs sind dabei der Minister für Infrastruktur und Raumordnung, Reinhold Dellmann sowie die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Prof. Dr. Johanna Wanka.

„Die Ingenieure sind der Garant für technologischen Fortschritt. Sie ermöglichen durch innovative Techniken und Werkstoffe nicht nur ein hohes baukulturelles Niveau, sondern sie leisten auch wichtige Beiträge zum Energiesparen und damit zum Klimaschutz. Die heutigen

Preisträger unterstreichen dieses Potenzial eindrucksvoll“, sagte Infrastrukturminister Reinhold Dellmann

Wissenschaftsministerin Johanna Wanka machte deutlich, dass ihr Ministerium eine breit angelegte Strategie zur Steigerung der Studierneigung, zur Nachwuchsförderung und zur Fachkräftesicherung ins Leben gerufen habe. „Deshalb freut es mich besonders“, so die Ministerin, „dass die Brandenburgische Ingenieurkammer ihren diesjährigen Preis zum ersten Mal in Kooperation mit der

Fachhochschule Brandenburg und der Technischen Fachhochschule Wildau auslobt. Die Initiatoren wollen damit eine stärkere Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft, Lehre und Forschung erzielen.“

Der Wettbewerb würdigte branchenübergreifende ingenieurtechnische Leistungen aus allen Fach- und Sachbereichen des Ingenieurwesens. Themenschwerpunkt war in diesem Jahr das brandaktuelle Thema „Innovationen für Umwelt und Natur, wie energiesparendes und klimafreundliches Bauen, den Einsatz von regenerativen Energien in allen Lebensbereichen, auch und natürlich zur langfristigen Stabilisierung von Natur und Umwelt und des Klimaschutzes.“

Die Preisträger 2008 stehen fest. Fünf ganz unterschiedliche Beiträge wurden vor wenigen Tagen im Rahmen des 8. Sachverständigentags für ihre Kreativität und das gesamtgesellschaftliche Engagement mit insgesamt 15.000 Euro gewürdigt.

beachtlichen Energiegewinnung durch ein Photovoltaikkraftwerk (1.250 m²) auf dem Dach bei kaum erhöhten Baukosten.

Europaweit ist dies die erste Plusenergiesporthalle, die den Passivhausstandard mit einer solaren Stromgewinnung vorteilhaft verknüpft und sich überdies selbst mit Energie versorgt. Zugleich wurde eine Brache umgestaltet. Beteiligt waren an dem Projekt das Architekturbüro Grobe aus Hannover, das Haustechnikbüro Theurich und Klose sowie das Büro ART-plan aus Hannover ebenfalls beide aus Hannover und das Ingenieurbüro Höyns aus Neustadt am Rübenberge.

Die Jähne & Göpfert Ing.-Büro GmbH

Projektbeschreibung:

Die **Biotürme Lauchhammer** sind das Einzige, was von der 1952 in Betrieb genommenen Braunkohlengroßkokerei

der Stiftung Kunstgussmuseum Lauchhammer und sind einer der Leuchttürme der Internationalen Bauausstellung „Fürst-Pückler-Land“.

Die bauliche Erscheinung der Biotürme ist weltweit einzigartig. Auf einem Planungsraster von 8 m x 8 m ragen die Turmtropfkörper 22 m hoch in den Himmel. Jede der sechs Turmtropfkörpergruppen besteht aus vier Türmen, die sich um ein gemeinsames Treppenhaus gruppieren. Im Zusammenspiel erinnern sie an das weltberühmte achteckige Castel del Monte in Italien, einem mittelalterlichen Schloss des Hohenstauffer Kaisers Friedrich II.

Die Einmaligkeit der historischen Baukörper wird nun noch spektakulärer durch die Anbringung zweier transparenter Glaskanzeln. Die 2,4 m x 3,4 m großen Aussichtsplattformen sind auf zwei unterschiedlichen Ebenen in 16 und 19 m Höhe in verschiedene Richtungen an den Umfassungswänden des Turmkörpers angebracht. Sie wurden vom Cottbuser Architekturbüro Zimmermann und Partner entworfen und **konstruktiv vom Ingenieurbüro Jähne & Göpfert GmbH in Cottbus realisiert**. Die Fassade besteht aus Glaslamellen, die über Antriebsmotoren geöffnet werden können, um nötigenfalls die Windlasten auf die Kanzeln zu minimieren. Durch die neuen Kanzeln entsteht ein ganz besonderes Raumerlebnis zwischen den sechs Turmtropfkörpergruppen in einer weitgehend original erhaltenen Gesamtkulisse.

Die Arbeitsgemeinschaft Hochofenhalle Peitz

Projektbeschreibung:

Denkmalgerechte Sanierung des Bohlenbinderdaches der Hochofenhalle in Peitz.

Die Hochofenhalle des Hüttenwerkes Peitz ist eines der bedeutendsten Denkmale zur Geschichte der Eisenerzeugung in Deutschland. Das aus Bohlenbindern gefügte Dach aus dem beginnenden 19. Jahrhundert ist eine der letzten und größten Konstruktionen dieser ehemals verbreiteten Bauart. Mit einer Spannweite von über 16 m verfügt die Hochofen-



Die Preisträger im Einzelnen:

Die Arbeitsgemeinschaft Mehrfeldhalle Vetschau

Projektbeschreibung:

Neubau einer 3-Feld-Sporthalle mit Hightechausstattung im Passivhausstandard in Vetschau. Die neue Sporthalle in Vetschau verbindet auf beispielhafte Weise einen außergewöhnlich niedrigen Energieverbrauch mit einer

geblieben ist. Sie standen am Ende der technologischen Kette der Kokerzeugung und hatten die Aufgabe, phenolhaltiges Wasser mit Hilfe von Bakterien zu reinigen. Bis zum Jahre 2002 taten sie ihren Dienst. Während für die meisten industriekulturellen Relikte der Kohlezeit in Lauchhammer jede Hilfe zu spät kam, wurden die Biotürme unter Denkmalschutz gestellt und durch engagierte Menschen gerettet. Sie gehören heute einer gemeinnützigen Tochtergesellschaft

halle in Peitz über eines der letzten erhaltenen Bohlenbinderdächer Europas. Die enormen Verformungen der Dachkonstruktion ließen 2003 ein Versagen befürchten. Im Laufe der objektbezogenen Bauforschung konnte eine unmittelbare Gefährdung durch ein Konzept minimaler Interventionen abgewendet werden.

Zur Aufgabenstellung der Arge gehörte die Sicherung und Sanierung der östlichen Giebelwand der Hochofenhalle des Hüttenmuseums Peitz. Die Arbeiten bestanden aus nachfolgenden Teilgebieten: Horizontalverankerung der Halbtonne am Hochofen, Austausch Vertikalverbände nördl. Bohlenbinderfüße, Firstverstärkung der Halbtonne, Längsaussteifung, Queraussteifung der Halbtonne und des Horizontalfachwerks. Am Projekt beteiligt waren das Ingenieurbüro für Tragwerksplanung Thieme aus Cottbus, Frau Dipl.-Ing. Hamann sowie Herr Prof. Dr.-Ing. Lorenz von der BTU Cottbus – Fakultät Architektur, Bauingenieurwesen und Stadtplanung sowie das Büro Keller, Meyer, Wittig – Architekten, Stadtplaner, Bauforscher aus Cottbus.

Dipl.-Ing. (FH) Ulrike Wagner, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der FH Potsdam

Forschungsprojekt „Entwicklung duktiler Glas-Verbundkonstruktionen“

Projektbeschreibung:

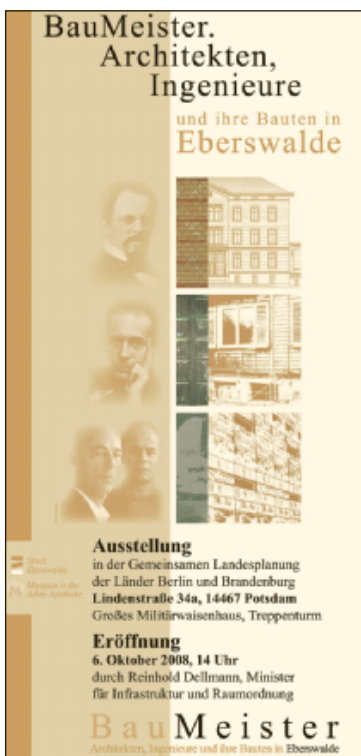
Masterarbeit zum Thema „**Innovationspotenzial geklebter Glas-Verbundkonstruktionen im konstruktiven Ingenieurbau**“.

Auszug aus der Masterarbeit von Frau Wagner: „Glas-Verbund-Konstruktionen stellen eine interessante und durchaus innovative Bauweise dar, deren Potenzial heute erst im Ansatz erkannt und in keiner Weise ausgeschöpft ist. Die Kombination von „sprödem“ Glas mit flexiblen, duktilen Werkstoffen, beispielsweise in Form von Glasstegen und Gurten aus Holz, Beton, Stahl oder Faserverbundstoffen, ermöglicht ungewöhnlich transparente Massivkonstruktionen“.

Gegenstand der Arbeit ist es, einen umfassenden Überblick zum Einsatz von Glas im Konstruktiven Ingenieurbau unter Einhaltung entsprechender Regelwerke in der komplexen Problematik der mechanischen und konstruktiven Eigen-

schaften von Gläsern im Bauwesen zu geben. Aufbauend auf dem dargelegten Stand der Technik bzw. der Wissenschaft und Forschung zum Bruch- und Tragverhalten von Glas, entstand durch weiterführende Überlegungen und Modifikationen bestehender Bemessungskonzepte ein eigenes gesamtheitliches Konzept zur Glastragfähigkeit.

Mit diesem Bemessungskonzept ist der Nachweis der Tragfähigkeit sämtlicher Einbausituationen für Bauteile aus Glas möglich. Dieses kann die unübersichtliche Vielzahl bestehender Normen und Richtlinien zur Glastragfähigkeit (zum größten Teil noch nach dem globalen Sicherheitskonzept) ablösen. Es ist wesentliche Grundlage für das Nachweiskonzept der Glas-Verbundträger. Die Erarbeitung und Entwicklung dieser Bemessungsgrundlagen sind Hauptbestandteil dieser Arbeit. Bei der Durchführung der Bauteilversuche wurde Frau Wagner vom „Baulabor Konstruktiver Ingenieurbau“ des Fachbereiches Bauingenieurwesen der FH Potsdam unterstützt.



Ausstellung „Baumeister, Architekten und Ingenieure und ihre Bauten in Eberswalde“ jetzt im ehemaligen Waisenhaus in Potsdam zu sehen

Jörg Räder

Am 6. Oktober 2008 eröffneten der Brandenburger Minister für Infrastruktur und Raumordnung, Reinhold Dellmann, (SPD) und der Eberswalder Bürgermeister, Friedhelm Boginski, (FDP), in Potsdam die Ausstellung „Baumeister, Architekten und Ingenieure und ihre Bauten in Eberswalde“.

Dargestellt werden auf dreizehn großen Tafeln die Lebensläufe von namhaften deutschen Architekten der letzten dreihundert Jahre, deren Werke noch heute

in Eberswalde, oftmals aber auch in Berlin und Potsdam zu sehen sind.

Dazu gehören beispielsweise Philipp Gerlach 1679 – 1748 (Kronprinzenpalais in Berlin, Garnisonkirche in Potsdam), Martin Gropius 1824 – 1880, Walter Gropius 1883-1969 und Ulrich Müther 1934 – 2007 (Ahornblatt in Berlin, Seerose in Potsdam).

Die Ausstellung ist entstanden auf Initiative der Stadt Eberswalde im Rahmen



der Kulturlandkampagne 2008 des Landes Brandenburg und wurde zuerst im Museum in der Adlerapotheke gezeigt. Dort kann auch ein 62-seitiger, farbiger Katalog erworben werden.

Bis Ende 2008 ist die Wanderausstellung von Montag bis Freitag 7:00 bis 18:00 Uhr im Dienstgebäude der Gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg, Lindenstraße 34 a, 14467 Potsdam, im ehemaligen Militärwaisenhaus, 2. Obergeschoss, zu besichtigen, der Eintritt ist frei.

Ab Anfang 2009 wird sie in der Brandenburgischen Technischen Universität in Cottbus aufgebaut. ■

10. Innenstadtforum in Cottbus – Die Zukunft der Städte liegt INNEN!¹

Dr. Rainer Baatz, Dr. Bert Lehmann

Das nunmehr 10. Innenstadtforum Brandenburg bot Anlass für einen Rückblick auf die bisherige Arbeit und behandelte zudem die zukünftigen Chancen und Herausforderungen für die Innenstädte. Eines wurde dabei klar: Die Zukunft der Brandenburger Städte liegt INNEN!

Die Erfahrungen und Ergebnisse der fünf Jahre Innenstadtforum fasste der **Vorsitzende, Herr Bürgermeister Reim**, gleich zu Beginn der Veranstaltung zusammen. Nach der Initiierung im Herbst 2003 in Potsdam erfolgte die Gründung im Juni 2004 in Cottbus. Der offiziellen Gründungsveranstaltung folgten acht weitere Foren sowie zusätzliche Workshops zu sektoralen Themen. Neben dem kontinuierlichen Erfahrungsaustausch konnten so jeweils aktuelle Probleme und Handlungsbedarfe erörtert und die Positionen der teilnehmenden Städte auch gegenüber dem Land dargestellt werden. Aktuell hat das Innenstadtforum

32 Mitglieder, davon 27 Städte und 5 wirtschaftsnahe Verbände.

Mit Blick in die Zukunft berichtete Herr Reim von einer Umfrage bei den Mitgliedsstädten, die mehrheitlich einen Einwohnerzuwachs für die Innenstädte konstatierten. Selbst bei den Städten, die insgesamt deutlich schrumpfen, zeigte sich, dass die jahrelangen Anstrengungen der Stadterneuerung gegriffen haben und die Innenstädte deutlich unterproportional Einwohner verloren. Um diesen Prozess auch in den nächsten Jahren weiter aktiv zu unterstützen, ist das Innenstadtforum bereit, ein Netzwerk der INSEK-Städte zu organisieren, das insbesondere die Fachdiskussion und den Erfahrungsaustausch weiter intensivieren soll.

Dass für eine positive Bevölkerungsentwicklung in der Innenstadt große Anstrengungen und manchmal auch ein Umdenken nötig ist, zeigte sich am Beispiel der Gastgeberstadt Cottbus, wie **Herr Oberbürgermeister Szymanski** berichtete. Er stellte Cottbus als das attraktive Wirt-

schafts- und Wissenschaftszentrum in der innovativen Energieregion Lausitz vor. Die Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungspolitik der letzten Jahre ist eine Erfolgsgeschichte, jedoch könne sich keiner auf dem Erreichten ausruhen. Vielmehr machen es die veränderten Rahmenbedingungen, wie zurückgehende Einwohnerzahlen und schrumpfende Ressourcen, immer notwendiger, integriert zu planen. Cottbus sei hier auf einem guten Weg. Ressortübergreifend wurden in den vergangenen Jahren Planungen vernetzt und evaluiert. In interkommunaler und regionaler Zusammenarbeit werde Cottbus darüber hinaus einen Stadtmarketing- und Tourismusverband gründen, um die positiven Entwicklungen weiter voran zu treiben. **Frau Tzschoppe**, Beigeordnete für Bauwesen der Stadt Cottbus, zeigte vertiefend auf, wie das INSEK für das alltägliche Verwaltungshandeln zum Maßstab wurde und dazu beiträgt, die Innenstadt weiter zu stärken. Mit 10 Zukunftsstandorten will die Stadt auf die neuen Herausforderungen reagieren. Ein gutes Beispiel im Zusammenhang mit der

¹ Die Dokumentation der Tagung findet sich unter www.innenstadtforum-brandenburg.de.

Innenentwicklung sei das jüngst eröffnete innerstädtische Einkaufszentrum, welches sich reger Beliebtheit erfreue.

Herr Staatssekretär Bretschneider vom Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung Brandenburg (MIR) sieht die Zukunft der Brandenburger Städte primär in den Innenstädten. Die integrative Herangehensweise bei den städtischen Themen Kultur, Wirtschaft und Soziales erfordere jedoch im hohen Maße die Beteiligung der Privaten. Zugleich sprach er sich für eine noch stärkere Netzwerkarbeit durch die AG Innenstadtforum aus. Intensive Öffentlichkeitsarbeit und Kontinuität im Erfahrungsaustausch verbessere die Umsetzungschancen in den Städten. Hierzu sagte er auch für die Zukunft die Unterstützung des MIR zu.

Die aktuellen Herausforderungen der Stadtentwicklung aus der Sicht des Bundes skizzierte **Herr Staatssekretär Dr. Lütke Daldrup** vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit vier Schlagworten: Globalisierung und Arbeitsmarkt, Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Demographischer Wandel und Klimawandel. Der Bund sei bemüht, seine Förderprogramme auf diese Herausforderungen hin anzupassen. Die energetische Ausrichtung sei dabei ein zentraler Handlungsbereich. Mit Hinweis auf die Leipzig Charta sieht er die Zukunft in den ressortübergreifenden, integrierten Handlungsstrategien und der Kombination von Förderprogrammen. Dabei kommt der Unterstützung der Innenentwicklung eine besondere Bedeutung zu durch

- die BauGB – Novelle vom 01.01.2007
- eine neue Schwerpunktsetzung bei der Städtebauförderung mit dem Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“

- die Kommunikation und den Erfahrungsaustausch zu guten Beispielen
- neue Projektideen im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

In diesem Zusammenhang sei der Erfahrungsaustausch, den das Innenstadtforum bietet, besonders zu begrüßen.

Aus dem Nachbarland Sachsen-Anhalt berichtete **Frau Dr. Scurell** vom IBA-Büro der Stiftung Bauhaus Dessau sehr eindrucksvoll über die derzeit verfolgten Innenstadtentwicklungskonzepte.² Für die Städte ohne Wachstum liegt die Chance vor allem in der Profilbildung, wie es z. B. Naumburg und Wittenberg bereits erfolgreich gelungen ist. Aber auch Städte ohne historische Mitte, wie Staßfurt und Dessau-Rosslau, verfolgen eine engagierte Strategie der Innentwicklung.

Frau Dr. Liebmann, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e. V. (IRS) stellte die Ergebnisse der Studie „Perspektiven für die Innenstadt in den neuen Ländern“ vor und überraschte mit der Aussage, dass die größten Leerstände noch in nicht modernisierten Beständen der Altstädte schlummern.³ Unter Berücksichtigung einer zukünftig schrumpfenden Zahl von Haushaltsneugründungen könne ein tolerantes Stadtklima mit „mehr Lust auf Stadt“ und die Stärkung weicher Standortfaktoren den flächendeckend zu beobachtenden Prozess der Reurbanisierung stabilisieren helfen. Dies sieht auch **Herr Prof. Wiegand**, Institut für Städtebau, Landschaftsarchitektur und Entwerfen der TU Wien, der besonderen Wert auf die Authentizität der Orte legte. Diese würde bei immer mehr realisierten Projekten

für den Erfolg eine große Rolle spielen. Es gelte dabei insbesondere die Nutzungsvielfalt und die Synergieeffekte der Innenstädte zu nutzen. Laut **Herrn Wiemen** vom DSSW muss sich der Projektstandort dabei nicht immer in einer 1a-Lage befinden. Am Beispiel der Kleinstadt Auerbach (Vogtland) zeigte er, wie eine örtliche Spezialisierung auf Gesundheits- und Sozialwirtschaft überörtliche Aufmerksamkeit erlangen kann.⁴ Derartige Cluster zu identifizieren, zu einer Standortmarke zu entwickeln und Netzwerke zu generieren, sei eine Chance auch für viele Brandenburger Klein- und Mittelstädte.

Herr Schweinberger vom MIR bestätigte in seinem Ausblick am Schluss der Veranstaltung, dass das „Innenstadtforum Brandenburg“ mit dem Titel „Die Zukunft der Städte liegt Innen“ ins Schwarze getroffen habe. Hierauf sollten die Brandenburger Städte perspektivisch ihre ganze Kraft verwenden. Profilbildung und Prioritäten setzen zugunsten der Innenstädte ist angesagt. In der neuen Städtebauförderrichtlinie werden die Voraussetzungen für die erforderliche Durchlässigkeit mit zusätzlichen Spielräumen für die Funktionsstärkung geschaffen, verbunden mit einem Systemwechsel im Hinblick auf mehr Verantwortung für die Kommunen. Zusätzlich wird in seiner Abteilung ein neues Referat sich mit den Fragen der Baukultur und Bautechnik sowie der Energieeffizienz beschäftigen. Er sprach sich dafür aus, die Netzwerkarbeit zwischen den INSEK-Städten im Rahmen des Innenstadtforums zu intensivieren und insbesondere auf die Themen Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bildung zu fokussieren, um den aktuellen Herausforderungen noch besser gerecht zu werden.

² <http://www.iba-stadtumbau.de>

³ <http://www.stadtumbau-ost.info/aktuelles/Dritter-Statusbericht-stadtumbau-Ost.pdf>

⁴ <http://www.stadt-auerbach.de>

MIRAKTUELL 3·2008

Hinweis:

Diese Zeitschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung herausgegeben. Sie darf nicht während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Unabhängig davon, wann, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Impressum:

Herausgeber/Bearbeitung:
Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung
Referat Koordination, Kommunikation, Internationales
Henning-von-Tresckow-Str. 2-8
14467 Potsdam
Internetadresse:
<http://www.mir.brandenburg.de>

ISSN 1439-4715

Redaktion: Andrea Hass
Redaktion Schwerpunkt:
Lutz Kriebel

V.i.S.d.P.: Hans-Martin Klütz
email:
hans-martin.kluetz@mir.brandenburg.de

Fotos und Abbildungen:

LBV, Staatskanzlei, Stadt Brandenburg a. d. H., Stadt Luckenwalde, Stadt Cottbus, Stadt Schwedt/Oder, DRV Knappschaft Bahn See-Kemper Steiner & Partner Bochum, Dr. Rüdiger Südhoff

Autorenverzeichnis:

Andree, Dörthe, Ernst Basler+Partner GmbH
Baier, Ariane, LBV, Praktikantin
Baatz, Dr., Rainer, Geschäftsstelle Innenstadtforum, Stadtkontor GmbH Potsdam
Beer, Dr., Ingeborg
Behrnd, Mario, LBV, Dez. 33
Büttner, Christiane, Ernst Basler+Partner GmbH
Dieß, Annekatrin, LBV, Dez. 33
Egert, Carolin, Stadt Guben
Even-Pröpfer, Ingrid, MIR, Ref. 22
Fenger, Hella, Stadt Frankfurt (Oder), Bauamt
Henke, Thomas, MIR, Ref. 22
Hupe, Birgit, Stadt Brandenburg an der Havel
Irmer, Simone, Eisenhüttenstädter Gebäudewirtschaft GmbH
Janssens, Sybille, LBV, Dez. 16
Jäger, Ullrich, LBV, Dez. 36
Kathke, Stephan, Geschäftsstelle des Städtekanzles Berlin-Brandenburg

Krappweis, Stefan, MIR, GL 4

Kriebel, Lutz, MIR, Ref. 20

Kühne, Markus, LBV, Praktikant

Lehmann, Dr., Bert, Geschäftsstelle Innenstadtforum, Stadtkontor GmbH Potsdam

Liebmann, Dr., Heike, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung

Petersen, Daniel, Brandenburgische Ingenieurkammer

Piasecki, Silke, Stadt Guben

Räder, Jörg, MIR, GL 1

Roser, Henning, B.B.S.M. (Brandenburgische Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH)

Schenker, Birgit, Stadt Calau, Bauamt

Schimko, Silvia, Stadt Spremberg

Schönfelder, Dr. Wolfgang, Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V.

Schröder, Frank, LBV, Dez. 31

Schweinberger, Jürgen, MIR, Leiter der Abt. 2

Segebade, Frank, MIR, GL 4

Stricker, Hans-Joachim, MIR, Ref. 21

Wander, Steffi, Stadt Guben, FB VI

Wegener, Hans, LBV, Dez. 33

Wiegandt, Rainer, Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH Eberswalde

Wolf, Gunther, Stadtentwicklungsamt Eberswalde

Gesamtherstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Karl-Liebknecht-Str. 24/25, 14476 Potsdam (Golm)

Layout:

schütz & co. Werbeagentur GmbH, Berlin

Das Magazin wurde auf 100%-Recyclingpapier gedruckt.